

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hfermann
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühren
für die sechsgespaltene Kolonelle 6 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Zum neuen Jahre!

Wieder ist ein Jahr ins Meer der Ewigkeit geflossen. Ein winziges Atom aus den Jahrmillionen, die die Erde hinter sich hat, aber doch eine lange Zeit für die auf dem Erdball gegenwärtig Lebende und wirtende Menschheit.

Ein Jahr liegt hinter uns, für die Arbeiterschaft so reich an Enttäuschungen, so überreich an Leiden und Entbehrungen. Mit neuem Hoffen und frischem Mute gingen wir ins Jahr 1920, hoch war das Erwarten gestellt, doch nichts ging in Erfüllung. Verarmt und verelendet, niedergedrückt und mutlos steht das deutsche Proletariat an der Schwelle des neuen Jahres, nur noch eine bange Frage auf den Lippen: „Was wird uns dieses Jahr bringen?“

Aus einem Meer von Blut und Tränen reichte sich der deutsche Proletariat im November 1918 in seiner gigantischen Größe. Klirrend fielen die Ketten, die Jahrhunderte hindurch seine Glieder gefesselt hielten, zu Boden; eine neue Welt lag vor ihm, ein neues Vaterland sollte entstehen, in dem nur freie, glückliche Menschen in Frieden und Eintracht nebeneinander wohnen sollten. Doch es ist anders gekommen. Die große Zeit fand ein kleines, ärmliches Geschlecht, nicht fähig, die neue Welt, die neue glückliche Gesellschaftsordnung zu formen. Wie der Verbrennende sich auf das kalte, klare Quellwasser stürzt und durch den zügellosen Genuß seinen Körper vollends zugrunde richtet, so stürzten die Verelendeten und Unterdrückten sich auf die Freiheit und fügten sich selbst den schwersten Schäden zu. Auf der anderen Seite wußten die dazu Berufenen mit der Freiheit nichts anzufangen, sie entließen den alten Herrschern und Machthabern Kostüme und Sprache, kopierten die alten Mächte und führten eine Weltgeschichtszene auf, über die sich nurmehr der Vorhang gesenkt hat. Heute sieht das Proletariat die wahren Mächte und die Marionetten sind hinter dem Vorhang geblieben und legen ihre geborgten Kostüme ab.

Das Jahr 1919 mit seinen Zerrungen und Wirrungen schuf den Boden, auf dem die Reaktion Wurzeln schlagen konnte, und das Jahr 1920 brachte die Früchte der Reaktion zur Reife.

Der Weltkrieg, der die wirtschaftlichen Fundamente unseres Vaterlandes vernichtete, hatte zugleich dem kapitalistischen System einen schweren Stoß gegeben. Erschüttert und in seinen Grundfesten wankend stand der Kapitalismus da. Bereitwillig wurde behauptet, die Sterbestunde des Kapitalismus habe geschlagen. Das Jahr 1920 hat uns gründlich eines anderen belehrt. Gestützt steht der Kapitalismus wieder da. Gestützt auf unsere sozialistische Erkenntnis wissen wir, daß das kapitalistische System sich erhalten und ausbreiten kann nur durch die Unterdrückung und Rechtslosmachung des Proletariats. Dies ist im verflochtenen Jahr eingetreten. Eine Wirtschaftskrise von noch nie gekannter Schwere ist über Deutschland hereingebrochen. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit drücken die Lebens- und Existenzbedingungen des deutschen Arbeiters auf den Nullpunkt herab. Die Reaktionskräfte sehen in dieser schweren Krise, die sie künstlich mit allen Mitteln gefördert haben, ihre Zeit gekommen. Mit zynischer Frechheit sehen sie dem deutschen Volk den Hunger- und Kommunisten in den Nacken. In den Märztagen 1920 erreichte die Junterfrechheit ihren Höhepunkt. Die wirtschaftliche und politische Macht, die sie ja in reichlichem Maße in ihren Händen hatten, genügte ihnen nicht mehr, sie wollten restlos herrschen und die Kräfte über das deutsche Volk schwingen. Der Kapp-Lüttich-Putsch rief das deutsche Proletariat auf den Plan, geschlossen und einig kämpfte es die Reaktion nieder, und als die Gefahr beseitigt, nahmen die Davongelaufenen schmunzelnd ihre Sessel wieder ein — und der Karren lief im alten Trott weiter. Enttäuscht und um eine Hoffnung ärmer mußte das Proletariat zur Seite treten. Das deutsche Proletariat scheint verdammt zu sein, den Leidenskelch bis zur Reize leeren zu müssen.

Im Juni trat das deutsche Volk an die Wahlurne, um die Abgeordneten für den ersten deutschen Reichstag zu wählen. Es kam, wie es unter den Verhältnissen kommen mußte. Die Arbeiterklasse war mit ihren bescheidenen finanziellen Mitteln nicht in der Lage, der Flut von Lügen und Verleumdungen, die das satte Spektakel und eine brutale, mit reichlichen Geldmitteln versehene reaktionäre Sippe gegen den Sozialismus und die für ihn eintretenden Arbeiterparteien durch Presse und Flugblätter schleuderten, zu wehren. Die Bourgeoisie stellte alle Machtmittel unseres neuerstandenen herrlichen Klassenstaates in ihren Dienst, Schule, Kirche, Justiz und Behördenapparat, alles arbeitete für die Reaktion. Gegen diesen Troß konnte die Arbeiterschaft nicht mehr ankommen und erlitt eine Niederlage. Die Wahl brachte einen Zuwachs an Stimmen für die reaktionären Parteien, während die Parteien des Sozialismus Verluste zu verzeichnen hatten. Teile des deutschen Volkes sind den Demagogen der bürgerlichen Parteien in die Reize gegangen. So ist diese Wahl nicht als eine Niederlage des sozialistischen Gedankens anzusehen, muß vielmehr für das denkende Proletariat an Ansporn sein, intensiver und zielklarer sich für den Sozialismus einzusetzen. Wenn wir auch nichts von diesen bürgerlichen Parlamenten erwarten, so sind es immerhin für uns Stützpunkte, die das Proletariat im Klassenkampf benutzen muß. Die Verluste bei der Wahl trafen die Parteien, die alles Heil von diesen Einrichtungen erwarteten, so wird es ihnen auch eine Lehre sein müssen und sie zu der Überzeugung bringen, daß mit diesen überlebten Einrichtungen der Sozialismus nicht zu erreichen ist.

Der unglückliche Bruderkampf in den Reihen des sozialistisch gesinnten Proletariats hat das Schicksal der deutschen Revolution befestigt. 1919 floß Arbeiterblut, vergoßen im traurigen Bruderkampf. Die Reaktion triumphtierte. Ein Hoffen zog in die Herzen ein, Anzeichen zur Einigung des Proletariats waren vorhanden. Doch schon am 13. Januar 1920 floß wiederum im

Bruderkampf Blut. Das Proletariat Berlins demonstrierte vor dem Reichstag gegen das geplante Betriebsrätegesetz. Ein Machtwort von Geseh war zurechtgebaut worden, durch welches die letzten Reste der Revolution beseitigt wurden. Die Arbeiter Berlins forderten, zugleich für das ganze Reich, das volle Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß, eine berechnigte Forderung, deren Notwendigkeit das verfloffene Jahr uns zur Genüge gezeigt hat. Die damalige Koalitionsregierung ließ unter die Demonstranten mit Maschinengewehren feuern und erstikte somit den Schrei nach Recht im Blute. Dies hat sich am deutschen Volke bitter gerächt. Das reaktionäre Unternehmertum nützte die ihm gewordene Ellenbogenfreiheit gründlich aus. Auf gewerkschaftlichem Gebiet setzten die bis zum letzten Bruderkampf, geschlossenen Unternehmerverbände zur großangelegten Gegenoffensive an. Sie rächten sich für den Schreck, den ihnen die Revolution in die Knochen gesägt hatte. Gründlich waren ihre Aktionen gegen die Arbeiterschaft vorbereitet und wurden im vollen Einverständnis mit den reaktionären Behörden durchgeführt. So gelang es ihnen, der Arbeiterschaft die durch die Revolution errungenen Rechte Stück für Stück zu entreißen und den Proletariern neue Knebel und Fesseln anzulegen. Der Bruderkampf in den Reihen der Arbeiterschaft machte eine geschlossene Abwehr unmöglich. Auf wirtschaftlichem Gebiet konzentrierten die Kapitalisten ihre Macht immer mehr. Das Jahr 1920 brachte einen Konzentrations- und Fusionierungsprozeß, der in der ganzen Welt vergeblich seinesgleichen sucht. Was in dieser Beziehung geleistet wurde ist mehr, als die industrielle Entwicklung in den letzten 30 bis 40 Jahren zuwege brachte. Dieses treibhausartige Wachsen der Trusts in derartigem Umfang wird für die Zukunft der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus in Deutschland richtunggebend sein. Diese Tatsachen drücken den Fortschritt unserer Kämpfe ihren Stempel auf. So sieht es am Jahresabschluss. Ungeheure Reichtümer schleppen die Kapitalisten zusammen. Aus der Not des Volkes münzten sie blankes Gold, der Dividendenbesitzer der Industrie und des Handels legen hierin Fettnäpfchen ab, auf der anderen Seite steht das Volk verarmt und verelendet. Unersehbar hohe Lebensmittelpreise, Arbeitslosigkeit und Massenelend sind die traurigen Zeichen unserer Zeit.

Wenn auch zu Beginn des verflochten Jahres schon der Arbeiterschaft klar geworden war, daß die Hoffnungen, die auf die Revolution gesetzt waren, nicht in Erfüllung gingen, so war doch allgemein noch der Glaube vorhanden, das Proletariat wird sich als Machtfaktor behaupten können. Auch hier bittere Enttäuschungen. Das Jahr 1920 zeigte mit aller Deutlichkeit, wie wenig die Arbeiterklasse in der Lage gewesen war, sich ihren Einfluß zu sichern. Das deutsche Volk hatte sich durch die aufgelaufenen Heldenfiguren täuschen lassen.

Noch ist nicht alles verloren. Die raube Wirklichkeit zwingt die Arbeiterschaft zum Nachdenken. Aus dem, was hinter uns liegt, müssen wir lernen. Es sind Fehler gemacht worden und finden wir den Mut zur Wahrheit, dann werden wir die Fehler erkennen und uns auf den rechten Weg finden können. Der Mut in den politischen Parteien geht zu tief, er kann nicht mehr so ohne weiteres überbrückt werden. Aber noch hat das deutsche Proletariat Organisationen, die, ungebrochen an Kraft, einig und geschlossen auf festgefügtem Fundament stehen: die deutschen Gewerkschaften. Auf sie legt die deutsche Arbeiterklasse ihr Hoffen. Fest steht heute, daß die Gewerkschaften ihrer historischen Mission bei der Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat nicht in vollem Umfange genügt haben. Die politische Macht war ohne Erringung der wirtschaftlichen Macht nicht zu halten. Hier muß der Hebel angelegt werden. Bestimmte Forderungen müssen zur Tat werden, für sie haben die Gewerkschaften ihre volle Macht in die Waagschale zu werfen. Die Sozialisierung des Kohlen- und Eisenbergbaues und der Schmelzindustrie ist das Gebot der Stunde. Der Kampf um dieses Problem muß mit voller Schärfe aufgenommen werden. Wir geben uns keinen Täuschungen hin, dieser Kampf wird schwer und اسپرreich sein, er muß aber ausgefochten werden, soll nicht das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands zugrunde gehen und damit die Arbeiterklasse der vollständigen Verelendung preisgegeben werden. Wir müssen uns vor Phantasereien hüten, bestimmt und klar müssen unsere Forderungen sein, kein Handelsobjekt, um das gefeilt und geschachert werden kann. Die Arbeiterklasse Deutschlands, Hand- und Kopsarbeiter, weiß und ist fest davon überzeugt, daß nur der Sozialismus eine Besserung ihrer Lage bringen kann und so fordert sie, endlich den Anfang damit zu machen. Zwei lange Jahre sind wir mit dieser Forderung hingehalten worden, eine kostbare Spanne Zeit ist für die Menschheit verloren gegangen. Der Wille ist in den Arbeitermassen lebendig und er muß von den Gewerkschaften, verbunden mit den Betriebsräten, in feste sichere Bahnen geleitet werden zum Wohle der Allgemeinheit.

Ein trauriges Jahr liegt hinter uns und nicht gerade hoffnungsfroh gehen wir ins neue Jahr. Doch nicht mutlos sein. Die unterdrückten Klassen der Menschheit sind im Laufe der Jahrhunderte durch schwere Prüfungen gegangen, immer wieder wurden sie betrogen, doch immer wieder haben sie sich aufgerafft und den Glauben an die Zukunft nicht verloren. Die Arbeiterklasse hat gekämpft, ist zurückgeschlagen worden und ist doch langsam wieder vorwärts gekommen und so muß ihr auch der letzte Sturm auf die kapitalistische Feste glücken. Nur Mut, Einigkeit und Geschlossenheit gehört dazu und der Sieg wird unser sein. Mit diesem Hoffen im Herzen treten wir ins neue Jahr. Wenn dieses Jahr wiederum zu Ende gegangen sein wird, trägt das deutsche Proletariat glücklich und siegreich das neue Jahr. Das soll unser Wunsch sein. P. H.

Sozialisierung und Strafe

Im Beilartikel Nr. 50 der M.-Z. behandelten wir die Sozialisierungsfrage. Wir stellten uns auf den Standpunkt, daß in dieser wichtigen Frage nun endlich ein Schritt nach vorwärts gemacht werden müsse, und forderten zum Schluß von der maßgebenden Instanz der Arbeiterorganisationen, Aktionen einzuleiten, um damit die Sozialisierungsfrage aus dem Kreis des Feilschens und des Handelns herauszubringen. Wir stellten uns ferner auf den Standpunkt, daß diese Aktion nicht nur mit Resolutionen, sondern mit allen Machtmitteln des Proletariats zu führen sei, also nötigenfalls das Proletariat in den Betrieben und auf der Straße zum Kampf für die Sozialisierung aufgerufen werden müsse. Diese Aufforderungen haben dem „Vorwärts“ und anderen rechtssozialistischen Zeitungen nicht gefallen und darin fanden sie in diesen bürgerlichen Blättern eifrige Selbstanbeter. Der „Vorwärts“ schreibt, nachdem er den Schlußsatz unseres Artikels zitiert hat, u. a.:

„Dieser Marasmus scheint uns mehr zu verderben, als gut zu machen. Auch wir wollen, daß es endlich nicht mehr möglich sein darf, daß einige Begüterte ein großes Volk wirtschaftlich in Fesseln schlagen und ihren Reichtum unausgesetzt vermehren, während Hunderttausende keine Arbeit haben und Millionen nicht in der Lage sind, mit dem Ertrag ihrer Hände Arbeit ein auskömmliches Leben zu führen. Wir bezweifeln aber sehr, daß Aktionen, wie die M.-Z. sie im Auge hat, den erwünschten Erfolg bringen. Man kann wohl auf diese Weise einen Skrupel-Putsch zum Zusammenbrechen bringen und eine Regierung stürzen, aber nicht eine völlig neue Wirtschaftsform einführen. Dazu sind Voraussetzungen nötig, die kein Generalstreik, kein noch so blutiger Terror gegenüber der bürgerlichen Klasse schafft.“

Also auch der „Vorwärts“ will gleich uns, daß es endlich nicht mehr möglich sein darf, daß einige Begüterte ein großes Volk wirtschaftlich in Fesseln schlagen und ihren Reichtum unausgesetzt vermehren, nur bezweifelt er den Erfolg der von uns empfohlenen Aktionen. Wir hätten uns gefreut, wenn der „Vorwärts“ uns neue Wege, neue Kampfmethoden empfohlen hätte, die die Frage der Sozialisierung oder die Anbahnung des wirtschaftlichen Sozialismus einen wesentlichen und für die Arbeiterschaft förderlichen Aufbruch nach vorwärts gebracht hätten. Nichts von alledem haben wir aus dem „Vorwärtsartikel“ herauslesen können. Wir sind genau so schlau als vorher.

Im infernen Artikel „Die Sozialisierung der Kohle und der Schmelzindustrie“ hatten wir beiläufig zum Ausdruck gebracht, daß Fragen des Sozialismus, wie sie die Sozialisierungsfrage darstellt, nicht fragen sind und nicht geeignet erscheinen, in parlamentarischen Verhandlungen mit Unternehmern zur Entscheidung gebracht zu werden. Die Unternehmer sind die Hüter der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Von ihnen zu verlangen, sie sollen mit dazu beitragen, den Sozialismus entscheidend vorzubereiten, hieße das Verlangen stellen, sie sollten sich selbst aufhängen. Unseren pfiffigen Unternehmern und ihrem besten Vertreter, Hugo Stinnes, Selbstmordgedanken zuzumuten, ist uns selbstverständlich nie eingefallen, und wir bemerken die Ideologie derjenigen Sozialisten, die heute noch glauben, mit Arbeitsgemeinschaftsmethoden dem Proletariat zu helfen und den Kapitalisten zu schaden. Dieser Raubschaden hinterer Sozialisten wird immer mehr vom rauhen Sturm der Wirklichkeit gerissen. Wir lehnen es ab, der nach Sozialismus hungern den Arbeiterschaft diesen letzten Teespüßigkeit zu kredenzen. Der Sozialismus und damit auch die Sozialisierungsfrage kann nur konsequent entschieden werden, wenn das Proletariat im Besitze der politischen Macht ist und damit die gesamten Machtmittel des Staates in der Hand hat. Diese Machtmittel hat sich die Arbeiterschaft durch gegenseitige Bekämpfung während der Revolutionsperiode selbst aus der Hand gespielt. Trotzdem ist das Proletariat auch ohne politische Macht durchaus nicht machtlos, wenn es gelingt, die vorhandenen Machtpositionen zusammenzufassen und auf einen Punkt zu konzentrieren. Die Stärke der Arbeiterschaft liegt in ihrer Zahl und in der Güte ihrer Organisation. Die Spitze der noch geringen proletarischen Organisation ist der Vorstand des A.O.G.B. Er hat in den aus 8 1/2 Millionen Mitgliedern bestehenden Gewerkschaften ein ungeheures Machtmittel in der Hand. Es müßte doch mit dem Laufel gehen, wenn diesem Riesenkörper nicht einmal Jowiel Leben eingehaucht werden könnte, daß eine fundamentale Forderung nicht mit allen Mitteln vertreten werden könnte. Allerdings genügend vorbereitet müssen die Kämpfe werden und es muß von vornherein feststehen, daß eine Niederlage, die zur völligen Niederwerfung der Arbeiterschaft führt, nicht zu befürchten ist. Alles Hinsinwahrscheinlichkeiten und nicht wert, in einem Gewerkschaftskampfe erörtert zu werden. Wir sind der festen Hoffnung, daß eine mit der nötigen Energie vertretene Forderung des A.O.G.B. von einer Regierung nicht abgewiesen werden kann. Und sollte sie das tun, dann müßte mit noch viel größerer Beschleunigung, wie das sowieso schon geschieht, an ihrer Beseitigung gearbeitet werden.

Nun meint der „Vorwärts“, daß durch die von uns empfohlenen Methoden wohl eine Regierung gestürzt, aber nicht eine völlig neue Wirtschaftsform zur Einführung gebracht werden könne. Zunächst hatten wir nicht die Einführung einer völlig neuen Wirtschaftsform gefordert, sondern in beschelbener Weise nur die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und der Schmelzindustrie, Maßnahmen, die doch nur den ersten Schritt zur neuen Wirtschaftsform darstellen. Der „Vorwärts“ hätte sich dann auch gegen Karl Legien wenden müssen, der im März im Bunde mit der „Pa“ und den Beamtenverbänden folgende Punkte mit der damaligen Regierung vereinbart hatte:

Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, auf der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und des Stahlsyndikats durch das Reich.

Der „Vorwärts“ hat im März v. J. den vereinbarten acht Punkten ebenfalls zugehört, ohne seine Bedenken dagegen zu äußern. Zwischen unserer Anschauung und der des „Vorwärts“ besteht ein himmelstiegender Unterschied. Der „Vorwärts“ glaubt nicht an die Möglichkeit einer sofortigen Durchföhrung der im Vorstehenden bezeichneten Sozialisierungsmaßnahmen und kann sich deshalb für einen Kampf dafür nicht erwärmen. Hingegen stehen wir mit vielen Angehörigen der S.P.D. auf dem Standpunkt, daß die Inangriffnahme und Verwirklichung des Vorstehenden I der Sozialisierungskommission auch in der Jetztzeit durchaus möglich und sogar dringend notwendig ist. Es braucht und Herbei auf prominente Vertreter, wie

Qué, Werner usw., gar nicht zu bezweifeln. Die Sozialisierungsforderung ist keine Paraphrasierung des Programms mehr, sondern sie steht im Zeichen des Kampfes und diesen Kampf gilt es auszufechten. Der „Vorwärts“ muß sich doch darüber klar sein, daß der Ausgang des Kampfes um die Sozialisierung mehr oder weniger über die Zukunft der Arbeiterbewegung entscheidet. Wenn wir das wissen, hatten wir in Vorschlag gebracht, andere Kampfmittel in Erwägung zu ziehen.

Die Arbeiterkraft will Laten sehen. Sie hungert, friert und darbt, die weil die Kapitalisten Riesergewinne einheimen und sich in einem Maße bereichern, wie die Geschichte noch keine Vergleichs aufzuweisen hat. In einer Zeit, wo es den wirtschaftlichen Kampforganisationen, den Gewerkschaften, sehr schwer wird, ihre Beiträge so zu gestalten, daß sie kampffähig bleiben, ist es dem Kapitalismus möglich, folgende Gebilde aus dem Boden zu stampfen (in Millionen Mark):

Name der Gesellschaft	Mittes Stammkapital	In Ausfuhr genommene Kapitalerhöhung	Offizialkapital und Reservekapital	Insgesamt
Gesellschaftlicher B. A.	130	130	180	500
Deutscher-Dürenb. V. u. F.	180	180	140	400
Wohlfahrt Verein	57	?	57	94
Siemens & Halske	126	194	96	356
Siemens-Schubert	90	?	184	254
Schubert & Co.	70	70	48	188
Zusammen	603	454	615	1682

Die „Rhein-Elbe-Union“, deren Kapitalbasis wir in der Tabelle aufgezeichnet, dieser Sinnes-Trip verfügt schon jetzt über ein Kapital von 1682 000 000 M., ohne die gewaltigen Kapitalen, die Sinnes noch in den übrigen Gesellschaften und den mit ihm befreundeten Banken zu Verfügung stehen. Das ist nur ein Beispiel, denn Sinnes gibt es bekanntlich eine ganze Reihe. Sollen wir den Weg so weitergehen lassen? Sollen wir zulassen, daß die Kupfer- und Produktionsmittel ihr Monopol weiter in der Welt ausüben, daß sie ökonomisch immer mächtiger, ja unüberwindlicher sind, in derselben Zeit, wo das Elend zum Himmel schreit? Diese Fragen möge sich der „Vorwärts“ einmal durch den Kopf gehen lassen und uns dann einen Weg zeigen, der zum Ziele führt.

In der Redaktion einer Arbeiterzeitung, wie die M.-Z., die in 1 700 000 Exemplaren erscheint, türmen sich die Zuschriften der enttäuschten Arbeiter zu beängstigender Höhe. Und weil wir mit den Arbeitern fühlen, denken und handeln, deshalb fühlen wir uns verpflichtet, ihr Schreien und Gessen laut und deutlich zum Ausdruck zu bringen. Mögen alle einsichtigen Männer den in der Arbeiterkraft aufgespeicherten Groll beachten — ehe es zu spät ist.

Nur zwei Fragen

Will „Der deutsche Metallarbeiter“, das Organ des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes, von uns anschließend an die Polemik über den Achtstundentag beantwortet werden. Wir erklären uns zur Beantwortung der Interpellation bereit. Die Fragen lauten:

1. Warum ist der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband erst im Jahre 1907 in einer öffentlichen Aktion für den Achtstundentag der Feuerarbeiter usw. eingetreten, während es der kleinere und jüngere christliche Metallarbeiterverband schon im Jahre 1904 tat?

2. Warum läßt der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband auf das geschäftliche christliche Metalle, Priester und Kirche in seinem Verbandsorgan beschimpfen, während er sich doch immer den Anschein gibt, als sei er eine vollständig religiös-neutrale Organisation?

Zu 1.: Seitdem eine sozialistische Arbeiterbewegung existiert, spielte die Beschränkung der Arbeitszeit auf ein gewisses Maximum eine der hauptsächlichsten Forderungen. Der utopische Sozialismus sah eine Arbeitszeit von 5 oder 6 Stunden als genügend an. Als die sozialistische Arbeiterbewegung als politische Massenvertretin auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus die Bühne der Weltgeschichte betrat, wurde die Maximalarbeitszeit auf 8 Stunden festgesetzt und in Parlamenten gefordert und vertreten. Die Gewerkschaftsbewegung von den sechziger Jahren an setzte ebenfalls den achtstündigen Tag als Programm und erklärte diese Forderung zu einer solchen, die möglichst schnell in die Wirklichkeit umgesetzt sei. Der internationale Sozialkongress 1889 in Paris, auf dem die Gewerkschaften ebenfalls vertreten waren, machte den Maximalarbeitszeit von 8 Stunden zu einer internationalen Forderung und beschloß die Wichtigkeit derselben noch besonders, indem beschlossen wurde, alljährlich am 1. Mai für den Achtstundentag durch Arbeitstreue und Massenemonstrationen einzutreten. Vom Jahre 1890 ab sah man alljährlich Kundgebungen von sozialistischen Arbeitern für die Forderung: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung und 8 Stunden Schlaf mit Enthusiasmus demonstrieren. Als im Jahre 1899 von dem an der Jesuitenleitung der Metallarbeiter Interessierten die Gründung des Zentrumsmetallarbeiterverbandes vorgenommen wurde, blühte die sozialistische Arbeiterbewegung schon auf einen 20jährigen heroischen Kampf für den Achtstundentag zurück.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband als Glied der letzten Gewerkschaften und der internationalen Verbände derselben hatte an diesen Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit einen hervorragenden Anteil. Die Hüttenkrieger waren die am meisten bedrückte Schicht der Arbeiter der Hüttenindustrie mit allen Mitteln verfolgt, wozu viele Verordnungen in den ersten 20 Jahren unseres Bestehens Zeugnis abgaben. Die Metallarbeiter-Zeitung kämpfte seit ihrem Bestehen für den Kampf der Hüttenarbeiter, was in den ersten Jahrgängen nachzulesen ist. Spätere Konferenzen beschäftigten sich in den nachfolgenden Jahren mit den Verhältnissen in der Hüttenindustrie. 1896 kam die Hüttenarbeiter zu einer größeren Konferenz in Düsseldorf zusammen. Diese Konferenz wiederholte sich in langen Intervallen. Dieser Kampf konnte dem Jahre 1903 an welchem im Parlament unterstützt werden, als es gelang, unsere Forderung 8 1/2 in den Reichstag zu wählen. Von da ab hatten die Hüttenarbeiter einen ständigen Vertreter in dem Reichstag und bei den einschlägigen Gesetzgebungen. Schon im März 1904 nahm die Beratung des Reichstages wahr, um in die Reichstagskommission einzutreten, die er als langjähriger Kampf-Arbeiter aus eigener Erfahrung konnte. Das verlangt dort zunächst die Verkürzung der Arbeitszeit. Was sagt auf diese Rede Herr, die auf das Fund die eine Sozialisten gewohnt hat, der Zentrumsarbeiter Stöckel? Folgende Rede gab er zum Besten: „Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit ist aber so leicht nicht zu lösen und bis jetzt hat auch Herr, der die Rede hielt, nicht zu sagen gewagt, auf welche Weise das abgemacht werden kann, was doch die Produktion im Reichstagskommissionen nicht und ohne daß die Produktion im Reichstagskommissionen nicht werden. Das letztere ist die Hauptsache...“ So man, wie bei einzelnen Bundesvertretern, die aufständische Schicht eingeschrieben, hat sich dies nicht bewährt.“ Diese Konventionen wiederholten sich. Keine Scherz indes erregte für die Hüttenarbeiter ein und die sozialistische Arbeiter des Reichstages, die Hütten der „christlichen“ Gewerkschaften, besaßen die Möglichkeit es oder helfen sich zur Sprache der Reichstagskommission mit anderen Sozialpolitikern.

Am September 1904, als unsere Organisation bereits auf einen Jahreskongress in der Hüttenindustrie zurückzuführen konnte, kam das Zentrumskomitee in Offenbach zusammen. In Karlsruhe der Tagung der D.M.A. und der Reichstagskommission im Reichstag wurde man sich einig, daß man sich für die Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen sollte. Diese Konferenz wurde aber dem Hüttenarbeiter...

wurde auch zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Das war alles. Das nennt „Der deutsche Metallarbeiter“ eine „öffentliche Aktion für den Achtstundentag“. Wenn die Arbeiterkraft mit solchen „öffentlichen Aktionen“ oder mit untertänigen Petitionen sich hätte den Achtstundentag erringen wollen, hätten wir bis zum St. Nimmerleinstag warten können. Wir wollen nicht dazu übergehen, alles genau und chronologisch anzugehen, was der D.M.A. für die Hütten- und Walzwerkarbeiter getan hat. Das ist allgemein bekannt, auch in Duisburg, Stapeltor 17. Unsere Stärke und das Vertrauen der Hüttenarbeiter zu unserer Organisation ist ferner der beste Beweis dafür. Die ganzen Fragen bezwecken ja auch nur, die Augen der empörten Arbeiter von den eigenen Schandtaten, deren man sich seit der Revolution befeißigt, abzulenken. Weil der Plan, den Achtstundentag zu beschleunigen, langsam reift und die Herren in Duisburg wissen, daß sie als Hauptschuldige zu gelten haben, deshalb sucht man nach der Methode „Galtet den Döb“ einen Ausweg. Das wird ja selbstverständlich nicht gelingen. Dafür wird gefordert werden: Öffentliche Aktionen für den Achtstundentag könnten durch die intensive Vorbereitung durch die sozialistische Arbeiterbewegung im November 1918 unterkommen werden, indem man den ganzen kapitalistischen Ausbeuterraum umstülpte und mittels der politischen Macht den Achtstundentag dekretierte. Wo waret ihr da, ihr Herren von Duisburg? In allen Ecken alternd, hattet ihr euch vertrieben. Die „öffentlichen Aktionen“, eine Resolution und eine Petition des christlichen Metallarbeiterverbandes 1904, haben keinen Grund hinter dem Ofen hervorgeholt und keinen Unternehmer erschreckt. Aber die „öffentlichen Aktionen“ der sozialistischen Arbeiterkraft 1918 brachten den Arbeitern den Achtstundentag und vieles andere. Mit untertänigen Klagen auf dem Bauche zu rutschen, damit können solche Forderungen nicht erlangen werden. Und sollten die Herren vom christlichen Metallarbeiterverband es tatsächlich fertigbringen, im Bunde mit den Reaktionsären aller Schattierungen den „christlichen Achtstundentag“ wieder zu beschleunigen, dann wird die Zeit kommen, wo die Arbeiterkraft an ihnen Rache nimmt.

Zu 2.: Wir sollen die Kirche, die Priester und die Religion beschimpfen haben. Wir müssen hierzu erklären, daß nach unserer Auffassung jeder nach seiner Fasson selig werden kann. Die Religion in der Gewerkschaftskampfbewegung zu haben, das blieb den „christlichen“ Gewerkschaften vorbehalten. Sollte jemals in den Spalten der M.-Z. das Wort „Pfaffe“ gebraucht sein, so müssen wir schon sagen, daß dieses Wort einen allgemeinen Sprachgebrauch darstellt und als eine Beleidigung oder gar als eine Verhöhnung nicht aufgefaßt werden kann. Doch ist die Kirche nicht ein Kratzen Nüchternheit, sie steht im öffentlichen Leben und muß sich öffentliche Kritik gefallen lassen. Wir leben im Jahre 1920 und haben das Grausige 4 1/2 Jahre miterleben müssen, was je der Erde geschieden war. Wo war Gott im Krieges? Warum hat er durch ein Nachwort nicht diesen Krieg beendet, er, ohne dessen Willen angeblich kein Sperling vom Dache und kein Haar vom Haupte fällt? Wo war die christliche Kirche, wo es galt, dieses entsetzliche Elend zu verhindern? Nirgends wurde so zum Kriege gehet und während des Krieges so blutdürstige Reden gehalten, als in den Kirchen aller Länder. Die Kirche hat einen nicht geringen Teil Schuld an diesem graufamen Blutvergießen. Unferntrogen kann jeder glauben, was er will. Wir halten es mit den Worten Theodor v. Bismarck:

In Seelen, die das Leben aushalten
Und Mühen über und menschlich wachen,
Mit weichen Waffen
Witwen und Waisen
Droh Hohn und Spott,
Da ist Gott.

Eine Arbeiterakademie und die Gewerkschaften

Von Robert Dikmann, Stuttgart.

In Frankfurt a. M. wird seit geraumer Zeit die Frage erörtert, ob es möglich ist, im Zusammenhang mit der dortigen Universität eine Arbeiterakademie zu schaffen. Letztere soll als besonderes Glied in der Frankfurter Universität „eingebaut“ werden. Die Frankfurter Universität war nie ein „Schöpfkind“ der altpreussischen Regierung, sondern frei von ihrer Unterstützung wurde sie im letzten Jahrzehnt errichtet in Zusammenfassung einer Reihe bereits bestehender sozialer und anderer Unternehmungen (Sozial- und Handelsakademie, Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung, Institut für Gemeinwohl, Soziales Museum, Physikalischer Verein, Institut für Gewerbehygiene usw.). Neben enormen Mitteln der Stadt Frankfurt flossen der Universität von einer Reihe anderer Stellen Gelder zu, um ihr damaliges Zustandekommen zu sichern. Der Weltkrieg und seine Folgen haben nun jedoch auch die Erhaltung- und Betriebskosten der Frankfurter Universität ins unermessliche gesteigert und so machte der Versuch gemacht werden, aus staatlichen Mitteln ebenfalls Zuschüsse zu erlangen. Bei diesen Verhandlungen wurde vom preussischen Finanzminister Bismarck die Frage der Errichtung einer Arbeiterakademie aufgeworfen. Unter Hinzuziehung von Vertretern der Frankfurter Gewerkschaften hat man versucht, eine positive Grundlage für die Verwirklichung des angelegten Gedankens zu schaffen. In weiterer Verfolgung des Planes hat man auch an den Abgeordneten Deutschen Gewerkschaftsbund heran, um ihn für die Frage zu interessieren. Die letzte Ausschussung des A.D.G.B. wählte zur Behandlung der Angelegenheit zunächst eine fünfgliedrige Kommission. Dazu gehörte auch der Verfasser dieser Zeilen. Wir sind an Ort und Stelle gewesen, haben die in Frage kommenden Räume, Einrichtungen usw. der Frankfurter Universität besichtigt, wir verhandeln mit Vertretern der Stadt, der Universität, den zum engeren Ausschuss der Akademie gehörenden Professoren, Vertretern der Frankfurter Gewerkschaften usw. Es wird mehrere Aufgaben des A.D.G.B. sein, nach unserer Berichterstattung weitere Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen. Die Frage hat jedoch ein allgemeines Interesse, wie für uns Metallarbeiter ein besonderes. Prüfen wir daher das Problem einer Arbeiterakademie in seinen Kernfragen. Der vorläufige Arbeitsausschuss zur Errichtung einer Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. wagt in seinem Bericht eine Reihe von Vorschlägen, denen wir folgende Stellen entnehmen:

I. Allgemeines.

1. Zweckbestimmung der Akademie. Die Akademie der Arbeit soll der allgemeinen und besonderen Ausbildung geeigneter, nicht akademisch vorgebildeter Personen aus Kreisen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkategorie dienen und sie auf diese Weise zur Verkörperung höherer Stellungen in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung fähig machen. Eine Hochbildung, wie sie die Fachhochschulen, Wirtschaftsschulen und Verwaltungsschulen ausgeben, wird von ihr nicht bezweckt. Berufspolitische Beziehungen irgendwelcher Art sind ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Auspension kann aus dem Besuch der Akademie nicht abgeleitet werden.

2. Das Verhältnis der Akademie zur Universität und anderen Instituten und Behörden. Die Akademie der Arbeit ist eine selbständige Bildungsinstitution. Sie wird ihre Arbeiten in Verbindung mit der Universität und den anderen in Frankfurt bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Instituten und Behörden betreiben.

3. Verwaltung der Akademie. In der Spitze der Akademie steht ein aus Vertretern aller beteiligten Kreise zusammengesetzter Verwaltungsausschuss, in welchem die Vertreter der Universität und sozialer Organisationen, welche die Akademie materiell oder geistig unterstützen, vertreten sind.

Wir besitzen seitdem eine Reihe Notiz, die die Errichtung einer Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. angeht. Diese Notiz brachte uns eine große Anzahl Anfragen, in welchen unsere Aussprüche geäußert wurden. In dem Sinne des Kollegen Dikmann wird der Plan einer Arbeiterakademie eingehend geäußert, weshalb wir ihn zum Studium dringend empfehlen.
Die Schriftleitung.

untersuchen, ein weitgehender Einfluß zu sichern ist. Den Hörern ist in geeigneter Weise ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Dem Verwaltungsausschuss wird die Ordnung sämtlicher Angelegenheiten der Akademie zufallen, insbesondere auch das Recht der Berufung der Lehrkräfte, die an der Akademie tätig sein sollen.

5. Teilnehmer. Die Akademie wird grundsätzlich jedem Arbeiter, Angestellten und Beamten männlichen und weiblichen Geschlechts zugänglich sein, gleichviel von wem keine Aufnahme angeregt wird oder ob er selbst keine Aufnahme nachsucht. Voraussetzung ist nur, daß er

- a) das 24. Lebensjahr erreicht, das 40. nicht überschritten hat,
- b) eine bestimmte Berufsbildung und mehrjährige Tätigkeit in seinem Beruf nachweist,
- c) die Reife des Geistes und des Charakters besitzt, welche eine geistliche Teilnahme an den Veranstaltungen der Akademie gewährleistet.

Über die Zulassung des Bewerbers entscheidet der Verwaltungsausschuss. Er kann in besonderen Fällen auch Ausnahmen bezüglich der Zulassungsbedingungen gewähren.

II. Der Aufbau des Unterrichts.

1. Allgemeines. Im Ausmaß war man sich darüber einig, daß beim Unterrichte eine enge Verbindung zwischen Lehrenden und Lernenden und der Lernenden untereinander“ bestehen muß, daß das Wissen möglichst selbst zu erarbeiten sei. Auch bestand Übereinstimmung, daß zwar für die besonderen Berufsaufgaben auch besondere Lehreinrichtungen zu treffen seien, daß aber im Vordergrund eine an die bisherige Vorstellungswelt der Arbeiter anknüpfende einheitliche Schulung stehen müsse; gerade Vertreter der Arbeiterkraft mernten vor einer zu starken Spezialisierung.

Die Anlage des Unterrichts und namentlich die Auswahl der Lehrer muß so gestaltet werden, daß die Teilnehmer von vornherein die bestimmte Ausrüstung haben, daß sie selbständig und selbstständig lernen und nicht für irgendeine vorgefaßte Meinung gewonnen werden sollen.

Ein gründliches Studium erfordert, daß sich der Studierende mindestens vier Semester ganz dem Hochschulunterricht widmet; aber es soll darauf Rücksicht genommen werden, daß auch schon nach einem Jahr ein gewisser Abschluß erreicht werden kann. Auch ist daran gedacht, daß Gasthörer zugelassen werden, die sich für Spezialgebiete (zum Beispiel für das Gebiet des Arbeiterrechts) ausbilden möchten.

2. Lehrziele. Im Mittelpunkt der Lehrtätigkeit der Akademie der Arbeit müssen die Lehren der allgemeinen Politik, der Wirtschaft, des Rechts, des Staates und der rechtlichen und politischen Beziehungen der Völker untereinander stehen. Ziel für den Unterricht muß dabei vor allen Dingen die systematische Schulung des selbständigen Denkens sein und die Zurückdrängung vorläufiger Werturteile vor der klaren Erkenntnis der Zusammenhänge der für den Arbeiter lebenswichtigen Tatsachen und ihrer Entwicklung.

3. Lehrmethoden. Die akademische Vorlesung kann nach Ansicht des Ausschusses auf keinen Fall ganz entbehrt werden. Vorträge und Übungen sind aber in unmittelbarer Verbindung mit der Vorlesung schon deshalb nötig, um dem Unbehagen gerade der reifen Hörer entgegenzuwirken, das entstehen würde, wenn sie sich weigerten den auf sie eindringenden fremden Lehmeinungen preisgegeben fühlten. Streng muß darauf gehalten werden, daß die Vorlesung nicht das Buch ersetzen soll, daß sie nicht durch Darbietung einer Überfülle von Stoff den Zweck des Hochschulunterrichts verfehlt. Sie soll neben der systematischen Übersicht nur die Grundlagen für die unter Führung des Dozenten und geeigneter Hilfskräfte zu leistende eigentliche Gedankenarbeit des Studierenden bieten.

In einem besonderen Lehrplan werden als Ziel des Unterrichts u. a. folgende Vorschläge gemacht:

A. Wirtschaftlich- und Gesellschaftslehre.

1. Unbefangenes Kennenlernen der für das Wirtschaftsleben der Gegenwart wesentlichen wirtschaftlichen und technologischen Tatsachen unter Berücksichtigung ihrer historischen Entwicklung, ihrer wirtschaftsgeographischen Bedingtheit und der Eigenart der Volkswirtschaften, die Träger der Wirtschaft sind.

2. Erkenntnis der sich aus dem Zueinanderstreifen der Einzelwirtschaften ergebenden Probleme unter besonderer Berücksichtigung der Preis- und Lohnfragen, sowie der organisatorischen Bindungen namentlich der Gewerkschaften und Genossenschaften. Dabei ist besonders zu verweilen bei den Problemen der Gemeinwirtschaft (Sozialisierung).

3. Einführung in die wissenschaftliche Betrachtung der wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme der Gegenwart mit Einschluß der Finanzpolitik.

4. Kritische Betrachtung der Gesellschaft, ihrer Entwicklung und ihres Aufbaues (Soziologie) unter besonderer Berücksichtigung des Sozialismus und Kommunismus.

Allen Teilnehmern sind die wichtigsten Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre zu übermitteln; deren genaueres Studium, insbesondere der Buchführung, des Bilanzwesens und der Kalkulation kommt nur für diejenigen in Betracht, die es im Interesse ihrer Zukunftspäne benötigen.

B. Rechts- und Staatslehre.

Der rechts- und staatswissenschaftliche Unterricht an der Akademie bezweckt, den Hörern die Kenntnis und das Verständnis des geltenden Rechts zu vermitteln, unter besonderer Betonung der sozialen und wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen der Rechtsordnung und ihrer Veränderlichkeit im Laufe der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Rechtsbeziehungen der Familie, der Bürger zu einander, des Bürgers zum Staat und der Staaten zu einander sollen in ihren Funktionen dem Hörer nahe gebracht werden. Dabei sind überall die geschichtlichen Grundlagen des Rechts und die rechtspolitischen Forderungen der Gegenwart zu berücksichtigen. Neben der Darstellung des privaten und des öffentlichen Rechts soll das Arbeitsrecht in seinem gesamten Umfang Gegenstand einer besonderen, einheitlichen Pflege sein. Von den politischen Theorien über Zweck und Wesen des Staates, von den Grundgedanken des Völkerrechts, von den Verfassungsformen und Verwaltungsprinzipien und der ausländischen Staaten ist dem Hörer eine ausreichende Vorstellung zu verschaffen. Die Vorlesungen und Übungen sind teils allgemeiner Natur und dann für alle Teilnehmer gedacht (so zum Beispiel Einführung in die Rechtslehre, Grundzüge des Privatrechts, Grundzüge des Arbeitsrechts, die Vorlesungen über Wesen und Bau des Staates), teils spezieller Art und dann für solche Teilnehmer berechnet, die sich auf dem Gebiet der Rechts- und Staatslehre besonders auszubilden gedenken (so ausgewählte Kapitel aus dem Bürgerlichen Recht, dem Handels- und dem Strafrecht, aus dem Strafrecht und dem Verwaltungsrecht, Einzelheiten des Arbeitsrechts).

C. Naturwissenschaft.

- 1. Kraft und Stoff in der belebten und unbelebten Natur.
- 2. Stellung des Menschen in der Natur.
- 3. a) Die Lehre von der körperlichen Arbeit.
- b) Die Entwicklung des Geistes.
- 4. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.

D. Philosophisch-pädagogische Bildung.

Die philosophische Bildungsarbeit wird besonders stark im Dienste der Charakterentwicklung stehen müssen. Kritische Lehren über philosophische Systeme würden unerschwinglich sein. Ihre Aufgabe wird vielmehr sein, an Lagesfragen und gemeinsame Lektüre hervorragender literarischer anknüpfend, im lebendigen Zusammenarbeiten die ethischen, psychologischen und pädagogischen Fragen des modernen Kulturlebens zu erfassen und nach ihrem Wesen, ihrer Bedingtheit und Entwicklung, nach ihren Freiheitsbedingungen und ihren Zusammenhängen mit dem sozialwirtschaftlichen, rechtlichen und beruflichen Leben zu durchdenken.
(Schluß folgt.)

Arbeiter, schützt den Achtstundentag!

Der Achtstundentag ist in Gefahr. Nachschub wird uns gemeldet, daß in dieser Zeit, wo das Elend der Arbeiter zum Himmel schreit, Arbeiter sich bereit finden, länger als acht Stunden zu arbeiten. Die ganze Kapitalistenwelt arbeitet an der Beseitigung des Achtstundentages. Aber nicht nur die. Es gibt selbst Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die sich nicht scheuen würden, die Erhaltung des Achtstundentages gegen ein Vinsengericht preiszugeben. Der „schematische Achtstundentag“ ist aller Reaktionen ein Dorn im Auge. In Nr. 49 der Deutschen Arbeiter-Zeitung finden wir eine Notiz, die freudigstehend feststellt, wie Arbeiter sich einwickeln lassen:

Gefährliche Arbeitszeit. Es hämmert! — Bei der Firma Rube & Co. in Weende (Hannover) hat nach vorliegenden Zeitungs-meldungen die Arbeiterschaft befristet, bis auf weiteres elf Stunden zu arbeiten, weil so zahlreiche Aufträge vorliegen, daß sie anders nicht erledigt werden können. Die Arbeiter sagen sich aber mit Recht, daß die günstige Gelegenheit nicht verpaßt werden darf. Wieder ordentlich verdienen und etwas Tüchtiges leisten, als sich unter ein törichtes und unpraktisches Gesetz beugen! Der Betriebsrat war natürlich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, die Arbeiter aber haben ihn abgesetzt. Soffentlich findet das gute Beispiel möglichst weite Nachahmung!

Auch die kapitalistischen Tageszeitungen arbeiten mit, den verhassten Achtstundentag zu beseitigen. Noch ist der Profitstrom nicht breit genug, die Dividendensüßern sollen noch höher werden. Das berühmte Wagnerische Organ, die „Bergische Märkische Zeitung“, Elberfeld, darf selbstverständlich in der Bekämpfung des achtstündigen Arbeitstages nicht fehlen. Wer kennt dieses Organ nicht? Die W.-M. Ztg. war das schärfste alldeutsche Hehlblatt im Kriege. Der U-Bootkrieg und alle jene Hasen des Krieges, die den Grundstein legten zu der heutigen Verelendung des deutschen Volkes, wurden von der W.-M. Ztg. lebhaft begrüßt und propagiert. Daß dieses Blatt nach einer angeblichen Revolution noch in der Lage ist, seine Druckerzeugnisse herauszubringen, ist ein Beweis dafür, ein wie gutmütiger Mensch der deutsche Arbeiter ist. Vor kurzem versandte dieses Blatt folgendes Rundschreiben:

Sehr geehrter Herr!
Beigefalteten empfangen Sie eine Ausgabe der „Bergischen Märkischen Zeitung“, deren Inhalt Ihr Interesse wecken wird. Die „W.-M. Ztg.“ war, soweit wir überschauen können, die erste Tageszeitung in Westdeutschland, die die Forderung auf Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages erhoben hat. Sie tat es auf die Gefahr hin, daß weite Kreise ihrer Leserschaft eine solche Stellungnahme mißbilligten, aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine starke Vermehrung der Erzeugung auf allen Gebieten das deutsche Volk vor völliger Verelendung retten kann. In den Kreisen der Industrie weiß man fast überall, daß an der Wichtigkeit dieser Anschauung kein Zweifel besteht. Es wird aber notwendig sein, auch der Industriearbeiterschaft, die zum großen Teil wieder arbeitswillig ist, klar zu machen, daß es besser ist, das sozialistische Dogma des achtstündigen Arbeitstages noch rechtzeitig über Bord zu werfen, als eifendiglich an diesem Dogma zugrunde zu gehen. Die „W.-M. Ztg.“ hat schon vielen Arbeitern die Augen geöffnet. In weit höherem Maße würde dies aber gelingen, wenn möglichst zahlreiche industrielle Unternehmungen dazu übergingen, ihren Arbeitern oder einem Teil ihrer Arbeiter die „Bergische Märkische Zeitung“ zugänglich zu machen. Daß das möglich ist, ohne Schwierigkeiten mit der Arbeiterschaft zu bekommen, wird durch Beispiele belegt, über die wir genaue Auskunft geben. Wenn jeder Druck, wie immer er auch geartet sei, ausgeschaltet wird, finden sich erfahrungsgemäß sehr viele, namentlich ältere Arbeiter, die die zur Verfügung stehende Zeitung zu lesen wünschen. Sie mögen sie als politische Gegner lesen; aber sie sehen dann doch, daß es auch noch wirtschaftliche und politische Anschauungen gibt, über die sie in ihrer Zeitung nichts lesen.

Wir raten Ihnen zu einem Versuch und laden Sie ein, sich die Unterlagen für einen solchen Versuch von uns anzufordern.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Verlag der „Bergischen Märkischen Zeitung“
Walter Baumeister.

Wir bitten die Kollegen, alle Erscheinungen, die auf die Beseitigung des achtstündigen Arbeitstages hinarbeiten, genau im Auge zu behalten und uns davon Mitteilung zu machen. Seid auf der Hut!

Neue Wege

Unter dieser Überschrift sendet uns der Bevollmächtigte der Stuttgarter Verwaltungsstelle, Kollege Meißner, einen längeren Artikel, den wir in der Hauptfrage unter Streichung unwesentlicher Stellen wiedergeben. Eingangs seines Artikels wird vom Kollegen Meißner der bekannte Aufsatz noch einmal mitgeteilt. Dieser Aufsatz ist, da er durch die Tagespresse gegangen und wir die eigentlichen Forderungen in der letzten Nummer der M.-Z. mitgeteilt haben, den Kollegen bekannt. In der Einleitung sagt Kollege Meißner u. a.:

Seit Anfang meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit glaube ich nie, daß die abweichende Stellungnahme des anderen gegenüber der meinen eine Ausbeurteilung der persönlichen Schlichtheit sei. Vielmehr bin ich der festen Meinung, daß die so grundverschiedenen Auffassungen über die Probleme und nächsten Aufgaben der Arbeiterbewegung, früher und heute, bei jedem einzelnen Vertreter der inneren Überzeugung entspringen, das eigene Denken wieder spiegeln, in Sprache oder Schrift gefaßt dazu gegeben sind, der eigenen Klasse zu dienen... Grund-sätzlich und demzufolge für die Arbeiterbewegung aus höchster Schädlichkeit ist die bedauerliche Tatsache, daß seit der Entstehung der proletarischen Bewegung wechselseitig eine Geistesrichtung der anderen unlautere, wenn nicht gar wissenschaftlich schädliche Motive unterstellt... (Hoffentlich wird dies in Zukunft von allen, auch von den Freunden des Kollegen Meißner anerkannt. Schriftlich.)

Nach dieser notwendigen Abschweifung vom Stuttgarter Aufsatz komme ich auf ihn zu sprechen. Wie entstand er? Die im Aufsatz erwähnten Tatsachen — die tägliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, die immer mehr steigende Wirtschaftskrise und die dieser zugrunde liegende übergroße Arbeitslosigkeit und Not, die bedrückenden und noch größer werdenden Steuer-lasten, die geplante Verabsäumung der Sozialisation, und anderer Arbeiterrechte durch die demokratisch sein wollende Regierung und die sich allein gegen die Arbeiterhaft richtende Bewaffnung der bürgerlichen Selbstschutzorganisationen — waren besonders vorherrschend bei der Erkenntnis, daß die alten gewerkschaftlichen Methoden zur Beseitigung der Not und Gefahren für die Arbeiterschaft nicht mehr ausreichen... Was damals (in der Vorbereitungszeit) vom Tisch der reichen Leute, den Westfalen der Produktionsmittel, viel genügt, um die Arbeiter, die nur Verkäufer ihrer Ware „Arbeitskraft“ sind, satt zu machen.

Wie steht es heute? Auf glatten, geraden Schienen rasen die Preise der notwendigen Bedarfsartikel und Lebensmittel im Schnell-zugtempo höher und höher und nur mit schmerzlicher Langsamkeit können Erhöhungen der Verdienste über Fels und Gestrüpp nachfolgen. Ohne Aussicht auf Besserung müssen wir zusehen, wie sich das Unter-nehmen täglich krasser zusammenzieht, seine einheitliche Parole „Abbau der Lasten“ beinahe durchgreifend befolgt, militärisch gegen die Arbeiterschaft mit dem großen Angriff auf die im November 1918 erhaltenen wirtschaftlichen Verbesserungen. An unseren Augen ziehen täglich diese Lasten vorüber, unsere Positionen sehen wir jede Stunde schwächer werden. Wo ist die in der Novemberrevolution nach langem Warten hell aufstehende Besserung durch das Zusammen-

stehen aller Proletarier geblieben? Sie hat einer großen Mühseligkeit Platz gemacht. Mangel an Vertrauen zur eigenen Sache durch die fortlaufenden Niederlagen bei Zellkämpfen im Angriff und der Abwehr-für die Erziehung der Mitleid und Interesslosigkeit im Organisationsleben. Wenn wir die letzten fünf Minuten verstreichen lassen, die uns zur Rettung der Lebensrechte der Arbeiter noch übrig bleiben, ohne von der ewigen Abwehr- und Teufelaktion zum Angriff auf der ganzen Linie zu gelangen, wie es der Stuttgarter Aufsatz vorzieht, werden die in Deutschland überschüssigen 15 Millionen Proletarier in Ermangelung der Auswanderungsgelegenheit verhungern auf dem Friedhof müssen... Ob die Forderungen revolutionär oder reformistisch bezeichnet werden, ist gleichgültig; nur müssen sie, verbunden mit dem einschlagenden Wege, für die Arbeiterschaft Brot, Kleidung und Obdach bringen.

Einzelne Kritiker sagen, der Aufsatz sei unklar gehalten. Die Kollegen wissen nicht, was unter dem Wort „Angriffsaktion“ zu verstehen sei. Eine Angriffsaktion beginnt bekanntlich mit der Einreichung der Forderungen, die jeweils als Ziel gestellt sind. Sollten die vereinigten Arbeitgeberverbände und die Regierung die Forderungen nicht bewilligen, so hätte der A.D.G.B. und die Afa eine Musterung ihres Gefolges zunächst abzuhalten, indem sie während der Arbeitszeit zur gleichen Stunde in allen Orten Deutschlands machtvolle Kundgebungen für die Forderungen durch-führen würde. Bei negativem Ausgange dieser Veranstaltung ließe sich die Bewegung steigern über einen besetzten Generalstreik zu ähnlichen Kämpfen, wie ihn das Berliner Proletariat in der Rapp-Woche führte und — siegte....

Ueber proletarische Taktik

„An den eigenen Fehlern zu lernen, „durch Schaden klug zu werden“, ist der beste Weg zu theoretischer Klarheit des Verständnisses. Und für eine ganze Klasse gibt es keinen anderen Weg... Die Hauptfrage ist, daß die Arbeiterklasse sich als Klasse in Bewegung setze; ist das erst erreicht, so wird sie bald die rechte Bahn einschlagen, und alle, die sich ihr in den Weg stellen, werden sich mit ihren kleinen Sekten beiseite geschoben finden... Unsere Theorie ist kein Dogma, sondern die Darstellung eines Evolutionsprozesses, und dieser Prozeß bringt aufeinanderfolgende Erscheinungen zutage.“
28. Dezember 1886.

„Das nächste Ziel der Arbeiterbewegung ist: die Eroberung der politischen Macht für und durch die Arbeiterklasse. Sind wir darüber einig, so kann der Meinungsstreit über die dabei anzuwendenden Mittel und Methoden des Kampfes unter auf-richtigen Leuten, die ihre fünf Sinne beieinander haben, kaum noch zu prinzipiellen Differenzen führen. Nach meiner Ansicht ist in jedem Lande die Taktik die beste, die am kürzesten und sichersten zum Ziel führt.“
18. März 1895.

„Die Zeit der Ueberrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Um-gestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt.“
Aus Friedrich Engels' Briefen und Schriften.

Noch ein Einwand, der dem Stuttgarter Aufsatz sehr oft begegnet. Warum, so wird gefragt, schreit ihr eure Absicht auf offenem Markte aus, damit sich die Gegner darauf vorbereiten? Ein beratiger Kampf läßt sich nicht im Zirkel von Verschwörern ausüben und von oben durch die Führer auszuüben und den noch eine ruhige Nacht verbrachten Bourgeois durch die Morgenpresse beim Wodka zur Kenntnis geben. Genau so wie gewerkschaftliche Lohnkämpfe, nein, noch um vieles aus-giebiger muß der Kampf von den Arbeitern durchgesprochen und vor-bereitet werden. Ich zweifle nicht einen Moment, daß die 9 Millionen in den freien Gewerkschaften or-ganisierten Arbeiter nicht nur allein reiflos, sondern auch große Teile der gegnerischen Ver-bandsmitglieder (!?) (Schr.) und ebenso indifferentere Arbeitermassen sich diesem Kampfe begeistert an-schließen werden, der in wenigen Tagen zugunsten der Arbeiter entschieden sein würde. So ließe sich auch am besten ein aus organisierten Arbeitern gebildeter Wall gegen die Orgeschaffen, ohne dabei, was wieder äußerst vor-sichtige Gemüter befürchten, mit den Entlohnungsbestimmungen der Entente zusammen-zufügen. Ebenjüngig ist die Verletzung unseres Landes durch feind-lische Heere zu befürchten, nachdem in London die Vertreter der Ameri-kaner Internationalen, nicht durch gerade für beratige Begebenheiten, der internationalen Generalstreik als Waffe anerkannt und ent-sprechende Beschlüsse gefaßt haben.

Selbstverständlich auf äußerste vorbereitet, und zwar nicht nur national, sondern, wie ich soeben sagte, unter Beachtung und Schaffung internationaler Verbindungen muß dieser Kampf geführt werden. In wenigen Wochen könnten die Vorbereitungen, die sich aus meiner Darlegung ergeben, und solche Aufgaben, die von der Kampfführung im geheimen vorbereitet werden müssen, vom A.D.G.B. erledigt sein. Wo ein Wille ist, würde mit Leichtigkeit ein gangbarer Weg sich finden. Denken wir nicht nur an den getragenen, im Rapp-Buch sich für die demokratische Staats-form so glänzend bewährten, nicht vorbereiteten Generalstreik, sondern greifen wir auf die russische Revolution im Jahre 1905 zurück. Was zirkte 50 blutige Revolutionen, Bauern- und Nationalitätenkämpfe, vorbereitet und geführt von der russischen Intelligenz, nicht jetzt brachten, schafften die damals so gut wie gar nicht organisierten russischen Arbeiter in einem einzigen Generalstreik; sie zwangen den russischen Zaren zur Unterzeichnung des verfassunggebenden Dekrets zur Wahl und Einberufung der Duma.

Der von mir im Rahmen eines Artikels und in großen Umriszen gezeichnete Weg dürfte meines Erachtens der einzig mögliche sein, in Verbindung mit den Forderungen des Stuttgarter Aufsatzes die Herzen der Arbeiter höher schlagen zu lassen. Es ist ein Weg des Kampfes, der alle Arbeitskräfte in die Organisation einfügt und zur be-trachtenden Mitarbeit anspornt und erzieht, dadurch auch die Ver-besserung der Lage der Arbeiter in sich birgt.

Ergänzend zu dem Artikel in Nr. 50 der M.-Z. wollen wir zu dem Ausführenden des Kollegen Meißner folgenden bemerken:

Wenn man den Artikel und die in Frage kommenden Forderungen der Stuttgarter Ortsverwaltung prüft, so muß man zu dem Gedanken kommen, daß hier das alte Wort Eduard Bernsteins: „Das End-ziel ist uns nichts, die Bewegung alles!“ seine trübliche Aufwertung findet. Bewegung, Aktionen unter allen Umständen! Wie und welche Umstände, das ist völlig gleichgültig. Wenn man schon das Proletariat zu revolutionären Aktionen aufruft, dann muß man auch eine revolutionäre Parole haben. Von den Forderungen ist keine einzige als revolutionär zu bezeichnen und ist nur zu bewundern, daß diese absolut opportunistischen fünf Punkte in der äußerst mangelhaften Stilisierung überall nachgeplappert werden. Ein Beweis, daß sie als einseitige kommunistische Parteilosigkeit zu gelten haben, an der zu ändern sich kein Parteimitglied heranwagt. Die Forderungen im einzelnen sind in der letzten Nummer schon eingehend getriggert worden.

Jede Nummer der M.-Z. beweist, daß wir uns stets bemühen, die Lage der Arbeiter zu verbessern, wie auch die intensive Tätigkeit unserer Organisation täglich davon Zeugnis ablegt. Daß die „alten gewerkschaftlichen Methoden“ heute allein nicht mehr ausreichen, ist eine Binsenwahrheit. Jedoch fällt es uns nicht ein, die jahrzehntelangen Erfahrungen im Gewerkschaftskampfe, wie besprochener Kampfes überhaupt, namentlich in der Revolutionsperiode zu ignorieren. Wir sind damit einverstanden, daß der A.D.G.B. sich intensiver für die den Arbeitern auf den Nägeln brennenden Probleme ins Zeug legt. Es liegt auch durchaus in unserem Sinne, daß der Gewerkschaftsbund sich auf größere, umfassendere Aktionen einstellt und die Arbeiterschaft auf die eventuelle Notwendigkeit derselben hinweist. Jedoch darf man dabei nie aus dem Auge lassen, auf dem Seelenzustand der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Wenn man zum Beispiel von einer bürgerlichen Regierung fordern soll: Entwaffnung der Orgesch und Bewaffnung der Arbeiter, ja, was denken sich die Stuttgarter Kollegen, wie lange ein solcher Kampf geführt werden soll in An-betracht der Tatsache, daß jeder Prolet seine Plinte abgegeben hat und das Bürgerium im Besitze der bewaffneten Macht ist?

Wir hätten uns wirklich gefreut und wären dafür dankbar ge-wesen, wenn uns Kollege Meißner die Durchführbarkeit und die Mög-lichkeit des Kampfes klar und deutlich aufgezeigt hätte. Allgemeine Nebenarten, sonst nichts!

Kollege Meißner denkt sich die Sache höchst einfach, was man in Anbetracht des verachteten Stuttgarter Generalstreiks, an welchem Tausende von Proletariern noch monatelang zu tragen haben werden, nicht für möglich halten sollte. Nach ihm stehen wir in den letzten fünf Minuten, darum Angriff auf der ganzen Linie, falls nicht 15 Millionen Proletarier verhungern sollen. Also werden die Forderungen eingereicht, Musterung des Gefolges abgehalten, während der Arbeitszeit zunächst machtvolle Kundgebungen, dann Steigerung zum besetzten Generalstreik. Und was folgt dann?? Kollege Meißner hat uns nicht gesagt, was dann folgen soll. Im Stuttgarter Generalstreik folgte allgemeiner Zusammenbruch und daran sich anschließende demütigende Bedingungen der Unternehmer und tiefegehende Kampfeslust mit nachfolgendem namenlosen Elend. Nein, so kann das nicht gehen! Auch wir halten Millionen zu gegebener Stunde durchaus für möglich und notwendig. Nur muß das Kampffeld eingehend sondiert und eine gründliche Vorbereitung mög-lich sein. Nicht in der Form, daß man sich auf offenem Markte hinstellt und mit weithin hörbarer Fanfare den Kapitalisten zuruft: Bringt euch in Sicherheit, es geht euch an den Kragen! So etwas ist kindlich. Wenn man Forderungen aufstellt, dann soll man auch den Willen haben, der Arbeiterschaft helfen zu wollen, und sie nicht einreichen, um damit demonstrativen Zwecken zu dienen. Nach den Worten Meißners ist allerdings „keinen Moment daran zu zweifeln“, daß große Teile der gegnerischen und indifferenten Massen begeistert am Kampfe teilnehmen. Diese Behauptung in heutiger Zeit aufzustellen, ist ein starkes Stück. Der Kampf soll ferner „in wenigen Tagen zugunsten der Arbeiter entschieden“ sein. Solche Äußerungen, Kollege Meißner, beweisen, daß es mit selbstverordneten Erfahrungen über Arbeiterkämpfe nicht allzu weit her ist. Ein Ver-trug ist es, den Arbeitern Hirngespinnst vorzu-gaukeln, die nicht zu erfüllen sind.

Es ist nicht notwendig, die russische Revolution 1905 als Beispiel in der Jetztzeit heranzuziehen — wobei wir der Ansicht sind, daß die damaligen „Erfolge“ nicht die Knochen eines einzigen Arbeiters wert sind —, sondern es genügt, wenn wir zu den eigenen Verhältnissen in Deutschland zurückkehren. Das Kompliment an die „gelbe“ Gewerkschaftsinternationale und das Hervorheben der Beschüsse derselben in London quittieren wir dankend.

Eroberung der politischen Macht, Einleitung der Sozialisierung großer Teile der Industrie, das sind revolutionäre Methoden. Gedenkt man die politische Macht, dann können wir daran denken, den „fünf Forde-rungen“ näherzutreten, wenn wir uns auch dann noch immer ver-gewagtermaßen müssen, daß wir in Deutschland einen Krieg verloren haben und sich in diesem Zustande ein Paradies nicht errichten läßt und deshalb auf manches verzichtet werden muß. Kennen swerte Erfolge können nach unserer Meinung erst dann er-zerrungen werden, wenn es gelingt, die ganze sozia-listisch denkende Arbeiterklasse auf einem Kampfes-boden zu vereinigen mit dem Ziele: Eroberung der politischen Macht und der langsam beginnenden Ent-wicklung der ökonomischen Machtmittel aus den Händen der Kapitalisten durch die Sozialisierung. Alles andere ist Plunkerei. Arbeiten wir daran! Nicht so, daß wir uns zur Freude unserer Lobesfinder in den Haaren liegen, sondern daß wir wieder anfangen, uns gegenseitig zu verstehen und gemeinsam für große Ziele kämpfen zu lernen. Hier ist Rhodus, hier springe!

Die Staatsanwaltschaft als Handlanger der Unternehmer

Der frühere Arbeiterratsvorsitzende der Daimler-Motoren-gesellschaft Untertürkheim und ein Angestellter der Orts-verwaltung Stuttgart sind vom der Staatsanwaltschaft wegen räuberischer Erpressung angeklagt. Dem „fürchterlichen Verbrechen“ liegen folgende Motive zugrunde:

Wie in den Kreisen der Metallarbeiter bekannt sein dürfte, wurden im Betriebe drei Geschühwagen von der erbitterten Arbeiterschaft ge-stört. Wenn damals die Direktion dem Vorschlage des Betriebsrats, durch Monteurs die wichtigsten Bestandteile der Wagen amontieren zu lassen, stattgegeben hätte, hätte der Betriebsrat die aufgetragene Arbeiterschaft beruhigen können und die Festsetzung der Wagen wäre sicher unterblieben. Einige Tage später kündigte die Firma plötzlich zwei Arbeitern mit der Anschulddigung, die beiden hätten die Wagen durchgeschweift. Zuvor war es in allen Fällen üblich, daß die Direktion bei allen Kündigungen den Arbeiterratsvorsitzenden verständigte, was diesmal unterblieb. Nach Bekanntwerden der Kündigungen in den Abteilungen bemächtigte sich der Belegschaft eine kolossale Er-regung und man verlangte die Zurücknahme der Kündigungen. Der Arbeiterratsvorsitzende und ein Vertreter des D.-M.-B. verhandelten mit der Direktion in ruhiger, sachlicher Weise und ersuchten in Anbetracht der Erregtheit der Belegschaft sowie auch anderer Gründe um Zu-rücknahme der Kündigungen. Während der Verhandlungen mit der Direktion hielten nicht festzustellende Personen die Belegschaft auf dem Hof und zogen vor das Direktionsgebäude. Wie es leider bei der-artigen Vorkommnissen (welche hätten allerdings vermieden werden können, wenn man, wie gesagt, auf den Vorschlag des Arbeiterrats gehört hätte) zu gehen pflegt, gebärdeten sich unverantwortliche Leute, welche nicht gefasst wurden und die man nie in den Versammlungen der Arbeiter sah, vollständig rabiat und wollten in das Zimmer der Direktion eindringen. Der Arbeiterrat stellte sich diesem Enten-gegen und konnte, obwohl er von der Belegschaft stark bedroht wurde, das Eindringen verhindern. Die Direktion nahm angesichts dieser Situation die Kündigung der beiden Arbeiter zurück.

Wie aus diesem allerdings bewauerlichen Vorgang eine Anklage gegen den Arbeiterrat wegen räuberischer Erpressung entstehen kann, ist für jeden Unparteiischen unerklärlich, da aber der Arbeiterrat gegen die Firma wegen unrechtmäßiger Entlassung Klage angebracht hat, so kommt man auf den Gedanken, als sollte derselbe unter allen Um-ständen etwas begangen haben, um ihn mit seinen Ansprüchen abweisen zu können. Dies wird jedoch nicht gelingen. Der Arbeiterrat ist in der Ange, alle gegen ihn erhobenen Verdächtigungen als haltlos zu-rückweisen zu können. Wegen die offensichtliche Gesetzesübertretung der Firma findet sich bis jetzt kein Richter.

Zu empfinden wäre den Kollegen allerorts, die von dem früheren Betriebsrat herausgegebene Denkschrift, welche über die fabelhaft Staub aufwirbelnden Vorkommnisse in dem Daimlerwerk sowie in Württem-berg Auskunft gibt, zu lesen. Die Broschüre ist bei jeder Ortsver-waltung zum Preise von 30 P. erhältlich.

Krisenwoche im Reichstag

Die Regierung hatte ungemütliche Tage zu bestehen. Im Wahlkampf hörte man insbesondere von der Deutschen Volkspartei, daß sie die „Partei des Wiederaufbaues“ sei und das deutsche Volk, wenn sie gewählt und in die Regierung käme, wieder herrlichen Zeiten entgegenführen wolle.

Die Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels ist gegeben, meinte Lelle der deutschen Wähler gaben der Reichspartei und speziell der obengenannten Stinnes-Partei ihre Stimme, darum war es ihr auch möglich, die Regierung bilden zu helfen und ihre Fachmänner, nach denen man so lange gerufen, in die Ministerien zu entsenden. Aber auf die verheißenen herrlichen Zeiten wartet das deutsche Volk bis dato vergebens.

Hatte erst in der vergangenen Woche der eine Sachmann, der Reichswirtschaftsminister Scholz, in der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums seine völlige Programmatik und Überlegenheit selber bloßgelegt und sich zum Prinzip des Fortwärtens bekannt, so erging es seinem Kabinettskollegen, dem Reichsfinanzminister Hermann, in dieser Woche noch schlechter. Herr Hermann, der erst vor wenigen Wochen wegen seiner vorzüglichen katholischen Gesinnung und seiner „guten Umgangformen“ von seinen Zentrumsfreunden als der geeignetste Mann in dieses so überaus wichtige Ministerium hineingehoben wurde, hat inzwischen in seiner Amtstätigkeit erwiesen, daß er außer seiner gut katholischen Gesinnung noch andere, für gewisse Kreise sehr schätzenswerte Qualitäten besitzt: er zeigte nämlich außerordentliches Verständnis für die unerfüllten Profitbedürfnisse der Agrarier und irug nach allen Kräften dazu bei, um durch Gewährung von Viebesgaben in Form von Druckprümungen usw., durch Aufhebung der Zwangswirtschaft für die meisten Produkte und dahlendes Aufschaen bei dem systematischen Diebstahl der Völker von Ar und Galm deren Leiden zum Schaden der hungierenden Bevölkerung füllen zu helfen. Und so hatte er auch diesmal bei der Verlesung seiner Rede im Reichstag den vollen Beifall der Rechten. Herr Hermann ist nämlich dafür, daß recht viel Stickschrott nach dem Ausland exportiert werden soll (obwohl wir selbst nicht genug haben), damit die Stickschrotindustrie große Auslandsgewinne realisieren kann, mit einem Teil dieser Walutageinnahme will er dann die teuren Auslandsnahrungsmittel verbilligen helfen.

Angstlich und betroffen wurde aber dann der Herr Minister, als ihm in der Debatte vom preussischen Landwirtschaftsminister Braun und später vom unabhängigen Abgeordneten Herr J die Nase vom Gesicht gerissen und die ganze Korruption seines Ministeriums aufgedeckt wurde. Braun wies ihm nach, welcher Wahnsinn es sei, Düngemittel auszuführen, solange unsere eigene Industrie noch nicht genügend Düngemittel zur Intensivierung der deutschen Landwirtschaft produziere. Im Gegenteil sei eine Verstaatlichung der Düngemittelindustrie und eine Preisfestsetzung der Düngemittel erforderlich, um auf diese Weise eine Senkung der Preise der Landwirtschaft durchzuführen, die sich dann nicht mehr auf die hohen Selbstkosten berufen könne.

Neben dieser sachlichen Kritik wurde dann aber auch die ganze persönliche Korruption im Ernährungsministerium, der Kauf des Prachtautos und der Wohnungseinrichtung, die sich der gottesfürchtige Minister aus Reichsmitteln geleistet, die Besetzungen, die bei seinem gekauerten Frivolität, Dr. Augustin, mit Erfolg von den Interessierten ausgeführt wurden, aufgedeckt.

Als dann aber der Herr Minister Hermann glaubte, durch eine demagogische, um die Dinge herumspinnende „Dialektik“ und indem er außerhalb der Debatte als Minister das Wort ergriff, sich aus der Affäre herausziehen zu können, sah er sich an Gefährlichkeit durch den Abgeordneten und preussischen Landwirtschaftsminister Braun übertritten, der, nachdem er vorher als Abgeordneter gesprochen, nunmehr als preussischer Minister ebenfalls außerhalb der Rednerreihe zur großen Verblüffung des sich schlan glaubenden Juchses Hermann das Wort ergriff. Große Enttäuschung der Rechten — Herr Hermann war darauf nicht gefaßt. Und nun wird ihm in kurzen Richtstellungen gebietet, sein Kabinettsamt zu verlassen.

Als rettendes Engel holte man eiligst den Iarmohanten, alten Herrn Lehrenbach herbei, der in seinem falkungswoll-meinerischen Ton als Retter des in der Nlemme sitzenden Hermann auftrat und wolle und sich dabei gründlich blamierte. Kabinettsamt findet es dieser Ministerpräsident, daß der preussische sich mit dem Reichsernährungsminister vor den neugierigen Augen und Ohren der Öffentlichkeit auseinanderzusetzen und dadurch den effektiv bestehenden Konflikt zwischen beiden vor aller Welt zu offenbaren gezwungen hat.

Der alte Herr war wohl in dem Stadium befangen, er befände sich noch in der guten, alten Zeit, in der der Reichstagsler zugleich Vorgesetzter der preussischen Minister war, und hat sich darum ein Recht angemacht, das ihm das parlamentarische Regime nicht gibt. Und dabei hat er sich ganz gefällig in die Reihen gesetzt; denn wenn Herr Hermann vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht befehlt, dann dürfte es auch um das Lehrenbachsche Ministerkabinettsamt wackelig bestellt sein!

Dieselbe Regierung des Wiederaufbaues zeigt aber auch auf anderen Gebieten immer deutlicher, wie sie sich dieser Wiederaufbau denkt. Die wirtschaftliche Lage der Beamten ist angesichts ihrer ungenügenden Besoldung eine außerordentlich missliche, das Glend auch dieser Kategorie des Proletariats wächst mit dem ständigen Steigen der notwendigen Lebensbedürfnisse ins unermessliche, so daß sich selbst dieser, bis vor kurzen noch dem Gedanken der freien Gewerkschaftsbewegung recht abholden Proletariatschicht eine außerordentlich ernigte Stimmung bemächtigte und ein Beamtenstreik in bedrohliche Nähe gerückt war.

Sofort gibt die Regierung hierauf die Antwort: aber nicht etwa in der Weise, daß sie die berechtigten Ansprüche der Beamten auf ein Gehaltsminimum befriedigt — nein, diese Wiederaufbauregierung hat 5 Millionen übrig für den neuen Wiltzrisans, Millionen als Geschenk für die Arbeiter, für die Beamten jedoch fast Wort nur Schein, denn sie hat die Forderung der Beamten zunächst mit dem Brauch der Verfassung beantwortet, indem sie sie geschwindig den Beamten das Streikrecht raubt, den durchgarantizierten Koalitionsstreik des verfassungsmäßig garantierten Koalitionsstreik.

Gegen diesen Verfassungsbruch müssen sich aber nicht nur die eben erst zum Wiederaufbau anwesenden Beamten, sondern die gesamte Arbeiterklasse ganz entschieden auflehnen, denn der Streik gegen die Beamten ist nur ein Vorläufer des immer stärker nach vordrängender gerichteter Kampfes dieser Stinnes-Regierung.

Bestimmend war, daß dann bei der Verlesung der Beamtenbesoldungsrechnung im Rahmen des Reichstages die Demonstrationen plötzlich ihr warmes Geis für die Beamten entziedten und die verheißenen Forderungen für die Beamten heller — dieselben Demonstrationen, unter deren Herrschaft jährgelindung die Kommunisten völlig enttäuscht in schmerzlichen Aufbegehren gegen die hohe Obrigkeit gefallt war. Die Regierungsparteien hatten sich auf den völlig ungenügenden Vorschlag, der auch angenommen wurde, verpflichtet, daß nur eine Erhöhung der Kinderzulagen und die sofortige Ausgabung der Unterchiedsbeträge aus dem neuen Wirtschaftswachstum erfolgen solle — ein völlig ungenügender Vorschlag. Demgegenüber wurde der Reichstag und der U.S.A. werden gleich abgelehnt. Aber die von den Demonstranten angebrochene Koalitionsstreik trat für diesmal noch nicht ein — sie können für den Augenblick noch einmal weiter zurückgeschreckt zu sein.

Aber ebensoviel dürfte die Erregung der Beamtenchicht befeitigt sein — im Gegenteil können aus den verheißenen Teilen des Landes Nachrichten über die von Beamtenbund eingeleitete Unternehmung, die zum Beispiel in Düsseldorf bereits eine Dienstreifenmacht für den Streik ergab. Das zeigt deutlich an, daß das Beamtenstreik noch immer auf „Krisen“ steht.

Gelbe Wertspolizei

Es wird notwendig sein, der Öffentlichkeit zu zeigen, mit welchen Mitteln von den Unternehmern versucht wird, mit Hilfe von einigen Subjekten aus Arbeiterkreisen die Arbeiterchicht in das frühere Beschäftigungsverhältnis zurückzubringen. Nach stehender Auszug aus der Dienstvorschrift für die Güttenfeuerwehr des Phönix:

Dienstvorschrift für die Feuerwehrleute des Phönix.

§ 1. Dienstverteilung. Die Feuerwehr des Förder Vereins ist für den Wachdienst in 3 Züge eingeteilt. Jeder Zug hat eine Stärke von einem Führer und etwa 18 Mann. Der Dienst dauert 8 Stunden und teilt sich in Lormache und Patrouillendienst. Genaue Anweisung hierüber wird jeder Morgen für den folgenden Tag durch die Leitung der Wehr bekanntgegeben. Die achtsündige Ablösung der Züge erfolgt nicht bei Schichtwechsel, sondern eine Stunde vorher.

§ 2. Dienstpflicht. Die Feuerwehrleute sind dazu berufen, eine allgemeine Kontrolle des Verkehrs auf dem Werk auszuüben sowie für Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf diesem Sorge zu tragen, und zwar im ganzen Bereich des Förder Vereins mit Ausnahme der Büros, die nur zur Einziehung von Erlundigungen betreten werden dürfen.

Ebenso obliegt ihnen die Überwachung und Prüfung der von einzelnen Personen oder mit Hand- oder Pferdewagen ausgeführten Transporte von sämtlichen Materialien. Bei jedem angehaltenen Transport sind die Begleitpapiere auf ihre Vollständigkeit (Ordnungsmäßige Ausfüllung des Vorzeichens, Vorhandensein der Unterschriften usw.) zu prüfen. Soweit wie möglich ist hierbei festzustellen, ob die auf dem Begleitscheine enthaltenen Angaben mit der Art bzw. Stückzahl der Transportgegenstände übereinstimmen. Werden dabei Unstimmigkeiten festgestellt, so sind diese unter allen Umständen sofort zur Klärung zu bringen. Jede vorgenommene Prüfung ist von dem Feuerwehrmann auf den Begleitpapieren durch Namensunterschrift ersichtlich zu machen.

Die an den Lokalen aufgestellten Wachleute haben den Lormwärter in jeder Beziehung zu unterstützen. Dazu ist es erforderlich, daß sie mit der Dienstvorschrift für den Lormwärter genau vertraut sind. Die Betriebspatrouillen haben darauf zu sehen, daß die in den Betrieben angebrachten Kartenkästen nicht vor Beendigung der Arbeitszeit geöffnet werden.

Die Tätigkeit der Feuerwehr hat sich ferner darauf zu erstrecken, daß Werkangehörige nicht gegen die Arbeitsordnung und die sonst im Interesse der Ordnung und Sicherheit erlassenen Bestimmungen verstoßen. Ganz besonders ist darauf zu achten, daß Unberechtigte sich nicht innerhalb des Werkes aufhalten. Jeder solche Angetroffene, so wird sie festzunehmen und zum nächsthhabenden Führer im Feuerwehrdiensttraum zu bringen. Fremde Personen, die auf dem Werk geschäftlich zu tun haben, müssen im Besitz einer vorchriftsmäßigen Eintrittskarte sein.

Werkangehörige, die gegen die Arbeitsordnung verstoßen, müssen, sofern sie sich nicht einwandfrei ausweisen können, zwecks Feststellung ihrer Personalien zum Meister des jeweiligen Betriebes oder zum Kartenkontrollleur gebracht werden.

Alle Unregelmäßigkeiten, die beobachtet bzw. festgestellt werden, sind sofort zu melden. In keiner Meldung darf die Angabe des Bezugs, der Kartennummer und des Betriebes fehlen. Die richtige Schreibweise des Vor- und Nachnamens ist überaus wichtig. Die Meldungen müssen der Wahrheit entsprechen. Eine wissentliche falsche Meldung wird streng bestraft.

Vor allen Dingen wird von den Feuerwehrleuten ein bestimmtes, entschiedenes Venehmen gefordert. Insbesondere muß ihr Auftreten bei Ausübung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes tatkraftig und zielbewußt, jedoch nicht herausfordernd sein. Bei Widerstentigen ist unter Umständen auch die Anwendung von Gewalt erlaubt, doch darf diese die Grenze des Notwendigen nicht überschreiten. Für den Fall eines tätlichen Angriffs darf der Begriff Notwehr nicht über das unbedingt erforderliche Maß hinausgehen. Betrücker müssen mit Ruhe und Voracht behandelt werden.

§ 3. Dienstkleidung. Folgen die Vorschriften.

§ 4. Geschäftlich. Die Feuerwehrleute haben ihre Vorgehens bei Begegnungen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung zu grüßen. Vorgehens sind: 1. Die Mitglieder der Direktion, 2. der Oberingenieur, 3. die Führer der Feuerwehr. Innerhalb von Gebäuden und bei Erstattung von Meldungen ist eine angemessene Haltung einzuhalten. Begegnet ein in Dienst befindlicher Feuerwehrmann einem Führer der Wehr, so ist diesem über besondere Vorkommnisse Meldung zu machen.

§ 5. Gesunde und Beschwerden. Gesunde und Beschwerden sind auf dem Dienstwege zur Kenntnis der entscheidenden Dienststelle zu bringen.

Der Betriebsrat, der von dieser Dienstvorschrift Kenntnis erhielt, nahm Stellung dagegen und verlangte die Zurücknahme, da nach den Bestimmungen des R.F.O. § 66 und 75 der Unternehmer, wenn er die Absicht hat, Dienstvorschriften herauszugeben, diese dem Betriebsrat zur Genehmigung vorzulegen hat.

Auf den Antrag, die Vorschrift zurückzuziehen, teilte die Direktion mit, daß die Dienstvorschrift mit dem ehemaligen Vorsitzenden des Betriebsrats, Herrn Bödenholt, Mitglied des Gewerkschaftsvereins S.-D. (vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist Bödenholt wegen unkollegialen und verbandswidrigen Verhaltens für nicht wiederzunehmefähig erklärt worden), vereinbart worden sei.

Daß Bödenholt an der Gründung der Güttenfeuerwehr (Beratungspolizei) großen Anteil hat, wissen wir, deshalb ja auch der Ausschluß aus unserer Organisation; daß er sich aber auch das Recht nahm, ohne unsere übrigen Kollegen im ehemaligen Betriebsrat zu befragen, solche Bestimmungen gutschreiben, beweist uns aufs neue, wie recht unsere Kollegen hatten, als sie verlangten, daß diese Art Arbeitervertreter auf dem nächsten Wege entfernt werden.

Bödenholt, der in den App-Tagen die „Kadalen“ in Höhe und Stumpf und Stiel ansrollen wollte, verfuhr auch heute noch, die freien Gewerkschaften in Höhe zu vernichten. Bei den Kommunisten ist er bis jetzt noch abgelehnt, dagegen hat er bei den Syndikalisten Gefähr gefunden. Bemande Eelen finden sich!

Steh ein Wort zu der Dienstvorschrift, aus der hervorgeht, daß die Feuerwehrleute Polizeipflichten haben. Hat die Behörde hierzu die Genehmigung erteilt? Auch unterliegt die Arbeitsordnung der Kontrolle der Feuerwehr. Wir möchten nur einmal wissen, wo die Direktion des Phönix das Recht herannimmt, die Überwachung der Arbeitsordnung einer gelben Wertspolizei zu übertragen. Schließlich liegt die Hauptpflicht an den Arbeitern des Phönix, daß sie sich so etwas gefallen lassen.

Der Arbeiterchicht wird aus vorstehender Angelegenheit mit aller Deutlichkeit gezeigt, wo die Reihe hingehört, wenn sie nicht endlich wieder zur Besinnung kommen. Nicht Zerstückelung, sondern ein fester Zusammenhalt in der Zentralgewerkschaften kann zur Verwirklichung unserer großen idealen Ziele führen.

Die Verpression des Arbeitsnachweiswesens

Die reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweiswesens steht wie wir dem Vorstehenden des L.D.S.B. entnehmen, unmittelbar vor der Tür. Im Reichsarbeitsnachweisgesetz ist bereits ein Entwurf in Zusammenarbeit hergestellt, der die Materie einheitlich für das ganze Reich regelt. Es ist festzustellen, daß die Gewerkschaften, soweit sie bisher zur Errichtung dieses Entwurfs hinzugezogen wurden, für einen sehr geringen Teil des Arbeitsnachweiswesens wie auch der Landesämter und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung eingetrennt sind. Sie haben hierzu die reichsgesetzliche Unterlegung der Vertreter der Arbeitgeber, die gleichfalls mit erproblicher Zufriedenheit den Standpunkt vertreten, daß d. Arbeits-

nachweis unter der Selbstverwaltung der an der Arbeitsvermittlung interessierter Erwerbstreife stehen müsse, unter Ausschluß bürokratischer Einflüsse. Eine solche Regelung entspricht indes nicht den Erwartungen derjenigen Kreise, die bisher im Verband deutscher Arbeitsnachweise die Arbeitsvermittlung beherrschten und ste dort unter Ausschaltung der Parität allen möglichen gemeindlichen kooperativen oder privaten gemeinnützigen, vielleicht sogar politischen Nebenabsichten dienbar machten. Diese Kreise sind bestrebt, auch in der reichsgesetzlich geregelten Arbeitsvermittlung die führende Rolle zu spielen, in der Ausnahme, daß der Arbeitsnachweis ohne sie nicht bestehen könne. Daß diese Annahme durch die Mischbildung und Behebungslosigkeit der meisten solcher bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise widerlegt ist, bedarf keiner Erörterung.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise muß also fürchten, daß für ihn und seine Hintermänner in der gesetzlichen Ordnung der Dinge kein Platz mehr vorhanden ist, und sucht diese Ausschaltung mit allen Mitteln zu verhindern. Er hat dabei nicht gescheut, bei dem preussischen Handelsministerium sowie dem Ministerium des Innern und dem Landwirtschaftsministerium, die in einer Verordnung vom 12. September 1919 die Oberpräsidenten angewiesen haben, die von Seiten des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise errichteten Geschäftsstellen, die mit den Zentralarbeitsstellen organisch verbunden sind, in die neue Organisation zu übernehmen. Es heißt in dieser Verordnung:

„Die reichsgesetzliche Regelung wird aller Wahrscheinlichkeit nach dieser organisatorischen Aufbau beibehalten, aber an dessen Spitze noch ein besonderes Reichsamt für Arbeitsvermittlung setzen (das bereits geschaffen worden ist). Nach der Errichtung der Provinzialämter für Arbeitsnachweise werden die Aufgaben der Zentralarbeitsstellen auf diese übergehen. Neben den Provinzialämtern werden die preussischen Arbeitsnachweisverbände kaum noch Platz für eine erspriehliche Tätigkeit finden. Sollten die einzelnen Verbände ihre Auflösung beschließen, so liegt es im Interesse einer glatten Einföhrung der neuen Organisation, der Wahrung des Zusammenhanges mit der bisherigen Entwicklung des Arbeitsnachweiswesens und der Vermeidung von Störungen auf dem Arbeitsmarkt, daß die Geschäftsstellen der Verbände, soweit dies möglich und zweckmäßig erscheint, in die Provinzialämter für Arbeitsnachweise übernommen werden. Die Herren Oberpräsidenten suchen wir ergebenst, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung dieser Verordnung zu treffen...“

Wir finden es höchst bedauerlich, daß die preussischen Ministerien sich beeilt haben, noch vor der reichsgesetzlichen Organisation des Arbeitsnachweiswesens von den veralteten Zentralarbeitsstellen zu retten, was möglich ist. Der Zweck der neuen Organisation ist gerade ein Aufbau auf anderen Grundlagen, als die bisher vorhandenen waren. Mit der Selbstverwaltung des Arbeitsnachweiswesens durch die Interessenten verträglich ist die jetzige bürokratische oder Wohlfahrtsorganisation in keiner Weise. Die neuen Träger des Arbeitsnachweiswesens werden selbst die geeigneten Männer finden, die ihres Vertrauens würdig sind.

Die preussische Verordnung ist nichts anderes als ein Versuch, die reichsgesetzliche zu regelnde Organisation des Arbeitsnachweiswesens dauernd zu verpreußen, und zwar im Interesse einer kleinen Clique von Bürokraten, die sich anmaßen, das gewerbliche Leben zu beherrschen. Ein solcher Zustand ist unerträglich und entspricht nicht den Interessen der Arbeiterchicht.

Wir hoffen, daß die Gewerkschaften allerorts sich gegen die Durchführung solcher Bestrebungen zur Wehr setzen und ihre Mitwirkung in den vom preussischen Handelsministerium errichteten Provinzialarbeitsnachweismitteln für Arbeitsvermittlung ablehnen, sofern diese mit den Geschäftsstellen der Arbeitsnachweisverbände in irgendwelchem Zusammenhang stehen und nicht die volle Parität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Ausschluß jedes dritten Elements gewährleisten ist.

Eine organisatorische Aenderung des Verbandes in Rheinland und Westfalen

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist von Düsseldorf verlegt worden. Eine bedeutende Aenderung ist dadurch eingetreten. Der bisherige 7. Bezirk ist in 4 Bezirke aufgeteilt worden und befinden sich die Sätze von jetzt ab in Bielefeld, Essen, Köln und Hagen. Angebracht ist es, einen kurzen Rückblick auf diesem Anlaß zu geben. Düsseldorf war immer der Wozort für die Agitation des Metallarbeiter-Verbandes für Rheinland und Westfalen und hatte die Bezirksleitung, die seit 1902 in Düsseldorf errichtet wurde, eine andere Einrichtung als Vorläufer. Kurz nach Gründung des Verbandes im Winter 1893/94 traten einige Kollegen aus dem Industriegebiet (Gue, Gieseler, Gottshufen, Henzeler, Kräwinkel, Stölze, Schrimpf und Spiegel) zusammen und beriefen eine Konferenz in Essen ein, um möglichst einheitlich die Agitation und die Verbandsgeschäfte im Industriegebiet zu leiten. Kollege Gottshufen war der erste Vertrauensmann für den Niederrhein, ihm folgten im Amte die Kollegen Mässon, Vesler, Wallbrecht und Spiegel. Die Arbeiten wurden nebenamtlich erledigt.

Auf allen Konferenzen, die jährlich stattfanden, wurde für den Niederrhein Düsseldorf als Wozort bestimmt. Für den Teil von Dortmund bis Wenden war Kollege Bunte der Vertrauensmann. 1901 wurde im September auf einer Konferenz beschlossen, als Leiter der Agitation für Rheinland und Westfalen einen Kollegen anzustellen. Kollege Spiegel trat dieses Amte am 1. Dezember 1901 an. Von da ab begann ein heftiger Kampf mit den gegnerischen Organisationen. Der Gewerkschaften S.-D. war dreimal so stark an Mitgliedern wie der D.M.V. Der Christliche Metallarbeiter-Verband, der 1899 gegründet wurde, bekämpfte den D.M.V. Arm in Arm mit der Geistlichkeit mit allen erdenklichen Mitteln. Die Behörden taten auch alles, was sie nur konnten. Lokalabteilungen waren an der Tagesordnung. In Orten wie Bochum, Gelsenkirchen und Hagen, Essen, Duisburg usw., mußten wir in Privatwohnungen tagen. Anzeigen auf Anzeigen folgten. Die Unternehmer arbeiteten mit schwarzen Listen. Aussperrungen erfolgten unter dem schlimmsten Terrorismus. Wir erinnern nur an die Aussperrungen in Sferlohn, Helber, Hagen, im Bergischen Lande und den anderen großen Kämpfen, die geführt werden mußten. Es waren schwere Zeiten, als die Unternehmer noch ihre Techniker und kaufmännischen Angestellten in die Metallarbeiterverfassungen schickten, um unsere Redner entgegenzutreten, und oft standen die Vertreter der gegnerischen Arbeiterorganisationen an deren Seite, um uns zu bekämpfen. Der Jugendprozess, schwarze Listenprozess in Düsseldorf im Jahre 1899 wird noch manchen älteren Genossen in Erinnerung sein.

Schwer war die Arbeit, doch aus kleinen Anfängen hat die zähe Ausdauer zum Ziele geführt. Von 1875 Mitgliedern im Anfang des Jahrzehens war der Verband im 7. Bezirk bis zum Kriegsausbruch auf 6500 Mitglieder gewachsen. Dann kam der Niedergang durch den Krieg. Durch einen Arbeit konnte aber im Oktober 1918 wieder über einen Bestand von 6500 Mitgliedern berichtet werden. Bei der Leitung des Bezirks waren 35000 Mitglieder vorhanden. 1903 im August trat Kollege Wallbrecht mit in die Bezirksleitung ein. Der erste Sekretär, Kollege Hauswald, starb 1911. Kollege Scheweier, der an seine Stelle trat, starb 1917. Ferner waren als Sekretäre lange im Bezirk tätig die Kollegen Martin, jetzt in Aitern, und Marx, jetzt in Bonn. Der Kollege Bierau übernahm als Sekretär mit nach Bielefeld. Die Kollegen Ufermann und Weimann waren ebenfalls in der Bezirksleitung tätig und leisteten in diesem Jahre durch Übernahme anderer Stellen aus Düsseldorf, seit jeder sich und Wozort für die Metallarbeiterbewegung, hat keinen Sitz von den vier neuen Bezirken erhalten.

Strenge wir, daß diese organisatorische Umgruppierung dem Verband zum Segen gereichen wird. Rheinland und Westfalen werden in Zukunft noch mehr als früher das Herz des deutschen industriellen Lebens bilden. Dort werden die hauptsächlichsten Schlage geführt werden müssen. Stärkung und Durchbildung unserer Organisation ist deshalb gerade im Industriegebiet ein bringendes Gut. t der Stunde. An den Kollegen liegt es, dies zu beherzigen.

Die Arbeitslosigkeit in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

Die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in der Eisen- und Metallindustrie in der Woche vom 22. bis 28. November erstreckten sich auf 564 Orte, 18 600 Betriebe und 1 650 132 Beschäftigte. Festgestellt wurde folgendes:

	Berichtsmoche		Vorwoche	
	Beschäftigte absolut %	Arbeiter absolut %	Beschäftigte absolut %	Arbeiter absolut %
Vollbeschäftigt	17 233 92,6	1 509 309 91,5	14 513 93,0	1 132 240 92,6
Stillschicht	159 0,8	7672 0,4	132 0,9	6 280 0,4
Kurzarbeit	1 208 6,6	1 331 51 8,1	947 6,1	8 510 7,0

Bemerkenswert an diesen Zahlen ist zunächst, daß weit mehr Betriebe und Arbeiter erfasst worden sind, als in der Vorwoche. Das beinfaßt auch die Verhältniszahlen, bei Schlussfolgerungen ist das zu beachten.

Durch die erhebliche Zahl von Betrieben, die diesmal in die Erhebung einbezogen sind, hat sich das in den Vorwochen beobachtete günstige Verhältnis etwas verschoben, diesmal ist — im Vergleich mit der Vorwoche — die Zahl der verfuhrten arbeitenden Betriebe erheblich und der stillgelegten Betriebe wenig höher. Um so günstiger treten die Verhältniszahlen hervor. Trotz der größeren absoluten Zahl stillgelegter Betriebe ist im Verhältnis zur Gesamtzahl keine Verschiebung eingetreten; das ist gleichbedeutend mit einer Besserung der Lage. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg von 85 510 auf 133 151, die Verhältniszahl erhöhte sich von 7 auf 8,1. Im Hinblick auf die große Zahl mehr erfahrener Arbeiter ist diese Erhöhung keine wesentliche Verschlechterung der wirklichen Lage.

In den einzelnen Bezirken gestaltete sich die Beschäftigung folgendermaßen:

Bezirk	Betriebe	Beschäftigte	Vollbeschäftigt		Stillschicht		Kurzarbeit		
			absolut	%	absolut	%	absolut	%	
Rönigsberg	28	232	15 608	92,3	228	15 864	—	9	244
Stettin	49	628	37 406	92,3	603	38 245	2	512	18
Breslau	40	311	98 562	92,3	285	94 952	3	971	20
Brandenburg	42	599	44 302	92,3	505	36 900	8	1 653	66
Dresden	47	1 387	1 670 116	92,3	1 121	1 335 774	26	2 356	240
Erfurt	43	848	570 774	92,3	743	45 120	25	591	80
Hannover	32	486	57 065	92,3	451	51 107	—	35	5 958
Halle	39	808	88 148	92,3	790	84 058	—	18	4 090
Hamburg	47	4 705	1 883 363	92,3	4 653	1 371 141	4	222	48
Düsseldorf	10	249	300 119	92,3	289	29 477	1	60	9
Essen	14	738	919 848	92,3	780	318 408	2	110	6
Gagen.	14	881	71 049	92,3	783	60 549	3	69	95
Cöln	9	870	86 786	92,3	312	81 150	1	60	57
Frankfurt/W.	49	1 167	1 491 151	92,3	1 026	1 375 777	25	540	116
Stuttgart	56	1 942	1 755 578	92,3	1 805	1 511 848	11	1 031	126
Nürnberg	52	3 256	1 149 978	92,3	2 966	95 784	43	955	247
Zus.	564	18 600	1 650 132	92,3	1 509 309	159	7 672	1 208	133 151

Die Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben gestaltete sich wie folgt. Es betrug die Arbeitszeit:

Stunden	in der Berichtsmoche		in der Vorwoche	
	für Betriebe absolut %	für Arbeiter absolut %	für Betriebe absolut %	für Arbeiter absolut %
42 bis 45	145 12,0	15 116 11,4	111 11,7	12 855 15,8
38 - 41	458 37,9	57 753 43,4	367 38,7	41 954 49,1
32 - 35	283 23,4	26 602 19,9	230 24,3	15 468 18,1
24 - 31	275 22,8	31 680 23,8	201 21,3	12 566 14,7
unter 24	47 3,9	2 000 1,5	38 4,0	2 669 3,1

Die Zahl der Betriebe und Arbeiter mit einer Beschäftigung von weniger als 24 Stunden hat sich im Verhältnis zur Gesamtzahl wesentlich verringert, die Zahl der 24 bis 31 Stunden Arbeitenden hat sich erheblich vermehrt. In der Zahl der 36 bis 41 Stunden Arbeitenden trat ein Rückgang ein, das gleiche gilt für die Betriebe und Arbeiter mit 42 bis 45stündiger Arbeitszeit.

In der Berichtsmoche hat über die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder Berlin erstmals berichtet. In einem früheren Bericht wurde schon erwähnt, daß die Berliner Zahlen von großem Einfluß auf das Gesamtresultat sind. Und dies ist nun in Wirklichkeit auch eingetreten. Es wurden 1 381 123 Verbandsmitglieder in den 565 Berichtsorten gezählt. Von diesen waren 42 921 arbeitslos, 70 567 Kurzarbeiter, das sind 3,1 und 5,1 v. H. gegen 2,2 und 6,0 v. H. in der Vorwoche. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder ist also erheblich größer, ohne die Zahlen von Berlin würde ein relativer Rückgang der Arbeitslosen vorhanden sein. Aber den 23 325 Arbeitslosen in 564 Berichtsorten stehen 18 596 Arbeitslose in Berlin gegenüber. Das Ergebnis ist ein zwingender Beweis von der Notwendigkeit pünktlicher Berichterstattung. Hoffentlich ziehen die Orte, die bis jetzt noch nicht pünktlich berichtet, die Mahnung zu Herzen.

Reichsarbeitslosenunterstützungsbezieher wurden 22 211 gezählt, darunter 7 785 in Berlin. Kurzarbeiterunterstützung bezogen 6 843. Berlin ist in dieser Zahl nicht inbegriffen, die Kurzarbeiter erhalten dort die Unterstützung in dem Betrieben.

Die Summe der in der Berichtsmoche ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung des Verbandes belief sich in den 565 Berichtsorten auf 312 259 M.

Stinnes-Carnegies Gewinnbeteiligungsmethoden

Von W. Rudner.
Andrew Carnegie, der verstorbene amerikanische Industriepolit und gewesener Leiter des Stahlwerks im Hauptamt und hiesiger Philanthrop zum Privatvergnügen, beschäftigte sich in seinen letzten Jahren mit — sozialen Fragen! Und gerade vor 9 Jahren trat Carnegie mit einem funkelnagelneuen Geistesblitz auf die Bretter der sozialen Bühne, um mit einem Schlag wirtschaftspolitische und soziale Probleme zu lösen.

In der Dezembernummer 1911 der New Yorker Zeitschrift „The North American Review“ veröffentlichte Carnegie einen Artikel: „Industrieprobleme“, in dem er sich mit ökonomischen Zeitfragen beschäftigte. Als Zeitschriftenleser sah er die kommenden Zeichen der Zeit schon damals und wollte diesen ausweichen.

Carnegie trat für eine „konstruktive Evolution“ ein, forderte ein Industriegericht zur Festsetzung der Preise und verteilte für die Herstellung der Arbeiter zu Aktienbesitzern. Das bedeutete nach Carnegie die Lösung der sozialen Frage und zugleich die Lösung ökonomischer Probleme. Er schrieb in Anwendung einer ökonomischen Begründung: „Daß uns, Kapital und Arbeit, in dasselbe Boot setzen, zusammen rudern und uns allen wird wohl sein.“ So Carnegie 1911.

Zwei Jahre nach der glorreichen deutschen Revolution mußte die dringende Gegenwartsfrage, die Sozialisierung, die bisher nur auf den Plakaten marschierte, gelöst werden. Das kapitalistische Gesellschaftssystem ist moribund, ein anderes muß an deren Stelle treten. Dies Verlangen wird nun auch in den Ländern englischer Zunge gestellt, in denen es vom sozialistischen Standpunkt aus dieser nicht gerade günstig aussah. Über die Kräfte der Welt, um mit Heime zu sprechen, lassen in diesen Ländern den Ruf nach „Nationalisation“ erschallen.

Und der Auser und Führer im Streik ist der deutsche Kapitalgehaltige Stinnes, und seine Mattenfänger schmeimen werden von Hunderten ihm ergebener Blättern wiedergegeben.

Und Stinnes kommt nun mit der großartigen „Idee“, die Arbeiter mit der Gewinnbeteiligung und Aktien besitz bekannt zu machen und sie dafür zu gewinnen! Und bei dieser Affensomnie, bei der der Sozialisierungsgedanke nur verzerrt wird, fanden sich sogar Arbeitervertreter, die einem Stinnes beipflichteten!

Der Vorstand der Bergarbeiter und auch Qué haben sofort gegen diese Verfälschung protestiert und sind sehr deutlich von diesen Leuten, die wohl ein Kmi, aber nicht das hierzu nötige Geistesgepäck haben, abgerückt.

Nun haben wir auf diesem Gebiet schon gewisse Erfahrungen und es sei in Kürze auf amerikanische Beispiele hingewiesen.

Die „United States Steel Corporation“ (Stahltruss) und die „Harvester Company“ (Landwirtschaftsmaschinen) haben Shares, Aktien für „ihre“ Arbeiter ausgegeben, die auch ratenweise erworben werden konnten. Durch raffinierte Finanzoperationen wurden diese Aktien teilweise so stark vermarktet, daß sie fast verlosch wurden und für ein Sanandwübrötchen, wie der Amerikaner sagt, zu haben waren. Auch durch Arbeitsausritt wurden den Aktienhabern Fuhangeln gelegt mit dem Erfolg, daß die meisten Arbeiter ihre paar Kröten nicht nur total verloren, sondern auch noch Geld durch Verleihenungen zugahlen mußten.

Dieser größte staatlich funktionierte Massenbetrug wurde unter dem Deckmantel der Arbeiteraktien durchgeführt. Aber die amerikanischen Arbeiter, deren sozialistische Durchbildung zu wünschen übrig läßt, fielen auf Grund ihrer Erfahrungen auf diesen Schwindel nicht an mehr herein. Und nun kommt ein Stinnes mit solchen aufgewärmten Projekten, und wie erleben nebenbei das tief beschämende Schauspiel, daß Arbeitervertreter diesem Manne noch beipflichten!

Schon 1918, als es dringlich zu werden anfing, trat die „Deutsche Tageszeitung“ für eine Änderung des deutschen Aktiengesetzes ein. Kleinere Werte als 1000 M. sollten ausgegeben und von Arbeitern erworben werden, mit dem Endzweck, die Arbeiterklasse von ihren wahren Zielen abzulenken.

Nun ist die Zeit vorüber, um sich mit Carnegie-Stinneschen Nähchen aufzuhalten. Wir haben zunächst die Pflicht, für sattseltene und gut funktionierende Funktionäre zu sorgen, die wie als Delegierte in solche Korporationen scharfen, damit wir uns weitere Blamagen ersparen.

Unsere Arbeiter warnen wir vor dem aller-neuesten Schwindel, der den Emanzipationsstempel nun aufhört und ihnen nur neue Enttäuschungen bescheren würde. Und deshalb: Hände weg!

Stinnes von der Verschwendung der hohen Arbeiterlöhne

Man schreibt uns: Verbandsangehörigen und Betriebsräten werden bei Lohnverhandlungen oftmals die Lieder von den „hohen Arbeiterlöhnen“ und deren Verschwendung“ vorgesungen. Zu gewöhnlicher Buchführung verstehen sich leider nur wenige Arbeitnehmer. Mit den Nachweisungen der städtischen Lebensmittellämter ist wenig anzufangen. In einer vom Vorstande des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1909 geführten Statistik beteiligte und weil auch sonst im Haushalt Buch geführt wird, ist Unterzeichner in der Lage, einen Blick hinter die Kulissen gemähren zu können. Die 1909 aus Mann, Frau und 3 Kindern bestehende Familie ist durch Geburten in den Jahren 1911 und 1919, wie auch im September 1919 erfolgten Tode des Vaters der Frau auf 8 Personen gestiegen. Die 4 Mädchen sind 18, 16, 9 und 1, der Knabe 14 Jahre alt. Die unterernährten Kinder und die leidende Frau beweisen, daß während und nach der Kriegszeit nur das Allernotwendigste beschafft wurde. Die 1917 anstelle der 1915 verstorbenen ersten getrennte zweite Frau brachte eine Kasse mit, die nicht nur die Bekleidung von Wäsche bisher unnötig machte, sondern Verwendung größerer Stücke zur Bekleidung für die Mädchen ermöglichte. Stoff zu einigen Kleidern, Woll-, Strümpfe und Besatzartikel mußten gekauft werden. Dem Knaben wurden meistens aus alten Stücken Anzüge verfertigt. Der bis April 1919 zum Militär eingezogene und mangelnd einer Wohnung bis August 1920 von der Familie getrennt lebende Sohn, dessen Ausgaben für doppelte Haushaltführung in nachfolgender Nachweisung nicht enthalten sind, sandte aus der Ukraine und Polen soviet Lebensmittel, Öl und Seife, daß nur die auf Marken zuhöchenden Artikel bezogen wurden. Ein von ihm aus dem Feld mitgebrachtes, mit 150 M. in Ausgabe gestelltes Schwein ist geschlachtet und geräuchert so sparsam verwendet worden, daß zu Beginn des 4. Quartals 1920 noch Reste davon vorhanden waren. Die Militärkleidung auftragend, hat er für Zivilzeug noch keine Ausgaben gehabt. Weil die nicht unbedingt notwendigen Ersparnisse aufgebraucht sind, mußten die erst im 4. Quartal nachzuweisenden 600 M. für Winterarbeiten vorzugsweise erhoben werden. Obwohl die Ausgaben für Licht und Heizung sehr hoch sind, ist der eigentliche Bedarf an Feuerungsmaterial noch nicht gedeckt. Bisher nur den Rückenherd benutzt, wird später noch ein Zimmer dazu gesetzt. Das eingedachte Obst reicht bis zur neuen Ernte aus. Garobst ist noch nicht eingekauft. Die Kosten für Neubekleidung von Möbeln und Geräten, Steuern, die im Jahre 1918 entstandenen Umzugskosten mit 280 M. und die Nebenarbeiten beim Umzuge 1920 von Sachen nach Württemberg mit 711,75 M. (die Hauptkosten wurden zuzüglich) sind in der Nachweisung nicht enthalten. Die Ausgaben für die gesalbten Lebensmittel usw. sind eingestellt worden. Wir benötigten:

	1909	1918	1919	3 Quartale 1920
1. Lebensmittel.	969,20	2 980,70	3 614,64	5 725,09
2. Wohnungsunterhaltung (Heizung, Licht, Miete)	285,92	495,81	615,88	2 220,50
3. Bekleidung, Reparaturen	928,12	1 908,15	1 078,50	2 586,56
4. Soziale Fürsorge (Versicherungen, Verband, Partei, Wohltätigkeit)	142,—	250,92	649,40	751,07
5. Bildungszwecke	70,20	194,32	256,75	307,96
6. Gesundheitspflege	47,32	535,17	909,88	339,20
7. Genussmittel	117,—	28,62	58,90	126,90
8. Sonstiges (Poste, Papier, Fahrgele, Besuche)	187,20	286,74	504,15	81,65
Zusammen	2 142,96	6 050,43	7 082,90	12 187,32

Wenn in Anbetracht des Gesundheitszustandes der Kinder und der Frau auch jetzt reichere und kräftigere Nahrung verabfolgt wird, so sind auch jetzt noch die Ausgaben aufs Mindestmaß beschränkt. Arbeiterfamilien, die wie die unsere keine Wäsche anzuschaffen brauchten, sind Seltenheiten, und trotzdem mußten wir in 9 Monaten des Jahres 1920 über 12 100 M. zur Beschaffung des Allernotwendigsten aufwenden. Möglicherweise der 208,45 M. für Reparaturen, Schuhwerk usw., beanspruchte der Posten Bekleidung noch 2 378,10 M. Im Jahre 1909 wurden für Miete, Licht und Heizung, bei Heizung von zwei Öfen, 285,92 M. und in dem 9 Monaten d. J. also für Heizung und Licht 1 390,75 M. benötigt und dabei ist der Bedarf noch nicht einmal gedeckt. Fleißig wird fast gar nicht gekauft, das Mittagessen mit Zalg gesetzt. Was wären noch für Summen nötig gewesen, wenn der Mann für sich und die Familie hätte Kleidung und Wäsche beschaffen müssen? Gehören die Tutlinger, über 25 Jahre alten Metallarbeiter auch nicht zu den am schlechtesten entlohnten? Württemberg, so sind gelehrte mit über 1 200 M., angelehrte mit über 1 000 M. und unangelehrte mit über 900 M. Monatsverdienst Seltenheiten, und bekanntlich hat unsere Stadt mit das teuerste Pfahler des Landes. Schon während der Kriegszeit abgerissen, werden Arbeiter, die nur geringe oder gar keine Mittel für Kleidung und Wäsche aufwenden mühten, mit der Laterne zu suchen sein. Nicht nur die Sängler und die gedankenlosen Nachzügler, sondern auch die Arbeiter mögen aus den nachgewiesenen Tatsachen lernen.

Wichtige Entscheidungen für die Betriebsräte

Gewerbeaufsichtsamt. Tgb. Nr. 2365.
An die Firma Lüdning, Eisengießerei Hagen-Edeley.
Der Arbeiterrat Ihrer Fabrik hat bezüglich eines Einzel-falles bei der hiesigen Stelle Entscheidung darüber beantragt, ob die Betriebsleitung gestatten muß, daß in dringenden Fällen der Vorsitzende des Arbeiterrates sich mit behördlichen Stellen (Gewerbeaufsichtsamt), ferner mit seiner Organisation mittels des Wertelephons in Verbindung setzen kann. Der Sonderfall lag so, daß auf Ihrem Werke Differenzen wegen der Höhe des Steuerabzuges entstanden waren und der Vorsitzende des Arbeiterrates sich durch eine telephonische Anfrage bei seiner Organisation über die Zukünftigkeit der Abzüge bezug. über die neuen Bestimmungen der inzwischen gesetzlich zugewandten Mitteilungen (Abzüge für Eisengießereiminimum, für Haushaltungszugehörige usw.) informieren wollte. Die Arbeiterchaft war über die Höhe der Abzüge erregt und forderte Aufklärung. Das Telephon wurde vom Arbeitgeber verweigert. Die Betriebsleitung hat zwar durch Rückfrage beim Arbeitgeberverband die strittigen Punkte zu klären versucht und den Arbeiterrat entsprechend beschied, sie hat aber nicht zugelassen, daß dieser selbst bei seiner Organisation telephonisch Rat einholte.

Nachdem die hiesige Stelle in mündlicher Verhandlung mit Betriebsleitung und Arbeiterrat den Sachverhalt klargestellt hat, wird über den hier vorgebrachten Einspruch gemäß § 93 des Betriebsrätegesetzes in Vertretung des Bezirksarbeitsrats wie folgt entschieden:

In Streitfällen, die einen Aufschub nicht zulassen, muß dem Vorsitzenden des Arbeiterrats oder in Vertretung davon einem vom Arbeiterrat dazu ausersehenen Mitgliede von der Betriebsleitung gestattet werden, sich mittels des Wertelephons mit dem Gewerbeaufsichtsamt in Verbindung zu setzen. Dies kann nur dazu dienen, den wirtschaftlichen Forderungen zu fördern und existenzbedingte Differenzen sofort zu klären. Weiter muß in derart dringenden Fällen in gleicher Weise, wie sich die Betriebsleitung bei ihrer wirtschaftlichen Vereinigung telephonisch Rat einholt, auch dem Arbeiterrat das Recht zugestanden werden, sich mit seiner Gewerkschaft durch Benutzung des Wertelephons ins Benehmen zu setzen. Den wirtschaftlichen Vereinigungen ist im Betriebsrätegesetz ausdrücklich die Befugnis eingeräumt, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten; ein Zusammengehen der Arbeiter bezug. Betriebsräte mit den Gewerkschaften soll durch das Betriebsrätegesetz gefördert und nicht eingegrenzt werden. Letzteres würde aber geschehen, wenn dem Arbeiterrat die Möglichkeit genommen wäre, in sehr eiligen, dringenden Fällen ihre Organisation telephonisch zu erreichen. Wenn in Zweifelsfällen eine Einigung zwischen Betriebsleitung und Arbeiterrat nicht zu erzielen ist, ob ein derartiger dringender Fall vorliegt, muß dem Arbeiterrat gestattet werden, unverzüglich die Entscheidung des Gewerbeaufsichtsamtes durch Gebrauch des Wertelephons einzuholen. (Gewerbeamt (Unterschrift)).

Jugend und Organisation

Deutlicher denn je tritt heute die Notwendigkeit der Jugendorganisation auf wirtschaftlichem Gebiet in die Erscheinung. Abgesehen von den berechtigten Forderungen auf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, liegt in der heranwachsenden Jugend das Schwergewicht des proletarischen Kampfes; in ihrer Erziehung um organisierten Arbeiter die Eigenart der kommenden Kämpfe. Deshalb ist es in der Zukunft zwingende Notwendigkeit, hier den Gehel anzufassen. Leider ist in der Vergangenheit und wird heute von den Erwachsenen noch viel gesündigt. Anstatt sich den Jugendlichen gegenüber als älterer Berater, als Kollege zu zeigen, muß man zum größten Teil das Gegenteil feststellen. Abweissend und den Fragen der Jugendlichen ausweichend erziehen sie, wenn auch unbewußt, Gegenseite, die der Jugendlichen zum Schaden der Gesamtbewegung in sich aufnimmt. Stößt ihn ab, anstatt ihn anzuziehen und langsam für den kommenden Kampf vorzubereiten und das Interesse an seinem Wohl zu wecken. Hier muß, indem sich der Erwachsene mit der Frage der Jugendbewegung beschäftigt, grundtätiger Wandel geschaffen werden.

Die Jugendbewegungen vor der Kriegszeit unterscheiden sich wesentlich von den heutigen. Waren sie vor dem Kriege geschaffen, um die Jugend vor der Ausartung des täglichen Lebens zu schützen, in ihnen Ideale zu erwecken, so eröffnen sich heute durch die Revolution und aus den sozialen Verhältnissen neue Aufgaben auch auf wirtschaftlichem Gebiete, die einmal darin liegen, ein machsames Auge auf die durch die Revolution geschaffenen Verbesserungen für die gewerbliche Jugend zu haben, zum Beispiel Innehaltung des Achttundentages, der Jugendbeschützbestimmungen, der sachgemäßen Ausbildung der Lehrlinge u. a. Ferner darüber hinaus eingutreten für die Beseitigung des Zuchtigungsrechts des Arbeitgebers, Lehrlern oder dessen Stellvertreter, für Verlegung des Fortbildungsschulunterrichts in die Tagessunden, für Erringung einer den Verhältnissen entsprechenden Entlohnung usw. Gegen diese Forderungen, ja sogar gegen die gesetzlichen Bestimmungen sträubten sich die Arbeitgeber mit Händen und Füßen. Und die wilde des Gesetzes und der vorgelegener Strafen läßt bei ihnen den Mut aufkommen, in dem früheren Fahrwasser zu bleiben. Leider ist in der Jugendfrage trotz nahezu zwei Jahren Revolution und Republik nichts zum Wohl der Jugendlichen unternommen worden. Die alte Gewerbeordnung besteht noch immer zu Recht. Da aber auch in Zukunft von den regierenden Kreisen nicht zu erwarten ist, zwingen die unerträglichen Verhältnisse zur Selbsthilfe — zur Organisierung der Jugend. Daß dieser Gedanke marschiert und drauf und dran ist, sich gewaltsam Bahn zu brechen, zeigen deutlich die Zahlen der sich seit der Revolution organisierenden Jugend.

Wie in der Arbeiterbewegung selber, so eröffnen sich aber auch hier Widerstände, die den Jugendlichen in ihrer Werkkraft Schwierigkeiten bereiten. Einmal bestehen sie in dem Verhältnis zwischen Erwachsenen und Jugendlichen und ferner in der Demoralisation, erzeugt durch den 4½-jährigen Krieg. Hier muß der Erwachsene in jeder Weise die Jugendlichen unterstützen und sie anhalten zur Organisation. Infolge der mangelhaften Bildung zieht heute die Jugend mit verschrobenen Hoffnungen und Idealen in den täglichen Daseinskampf. Sie erkennen, soweit die Verhältnisse der Eltern es gestatten, einen Beruf. Sie sollen es zu etwas bringen. Jedoch die sich den Menschen eröffnenden Schwierigkeiten versehen sie in Entsetzen und furchtbar ist die Wirkung. Mancher, verdrängt durch sein Mißgeschick, gibt sich dem Voller und dem Trunke hin und wieder ist einer verloren und geht in sozialen Elend unter. So werden viele zu Handlangern des Kapitals. Hier vor die heranwachsende Jugend zu schützen, ist die vornehmste Aufgabe der Erwachsenen und der Eltern. Im Hause und in den Betrieben die Jugend aufzuklären, was die Jugendorganisation will und welchen Zweck sie verfolgt. Wird so auf die Jugendlichen von seiten der Eltern und Erwachsenen eingewirkt, daß Interesse an der Mitarbeit geweckt, dann werden die Jugendorganisationen zu Bollwerken, an denen der Unternehmerrgeist zerbröckelt. Nur in der Geschlossenheit liegt die Macht und die Kraft der Jugendlichen. Aber auch die gewerkschaftlichen Organisationen haben sich mehr als zuvor dieser Aufgabe zu widmen. Leider haben die gewerkschaftlichen Organisationen diesbezüglich ihre Pflichten veräußert. Mögen zum Teil die Schwierigkeiten in finanzieller Beziehung eine große Rolle spielen, so darf doch das Ziel und der Wert nicht verkannt werden. Hier darf kein Mittel oder keine Summe der Organisation zu hoch sein, bahndreier diesen idealen Gedanken zu sichern und in die Wege zu leiten. Nicht maßgebend können in dieser Frage allein die Beiträge, die durch die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt werden, sein. Mögen sich die Leitungen der Gewerkschaften diesen Gedanken zu eigen machen, so unterstützen sie aus der Jugendorganisationen Kämpfer, die mit ganz anderer Überzeugung den Kampf für den Sozialismus und die Befreiung der Unterdrückten aufnehmen. Darum ist es Aufgabe aller Organisierten, hier früher durch Agitation und Teilnahme zu wirken. Werben sich die Organisierten hierzu aufschwängen, so erweisen sie der Arbeiterbewegung einen großen Dienst und schaffen ideale Kämpfer für die Arbeiterbewegung.

Witten. Der schwarze Mann kommt! So beistelt das hiesige „Zentrumblatt“ unseren Bericht aus Nr. 50 der Metallarbeiter-Zeitung, der auch in der hiesigen Parteipresse erschienen war. Wir teilten mit, daß im katholischen Gesellenhaus infolge der Logisnot ein Mitglied von uns gezwungen war, dort Quartier zu beziehen und auch vom Kastellan gezwungen wurde, entweder zum christlichen Metallarbeiterverband überzutreten oder das Logis aufzugeben. Auf gut Deutsch, der Kollege war somit gezwungen, das exkere zu wählen oder er müßte auf der Straße kampieren. In echt wilhiger Jesuitenmoral leit man den Zentrumschäpchen folgenden Drei vor: „Manu! Das hätten wir vom katholischen Gesellenhaus nicht erwartet, daß es Menschen zwingt, dort Quartier zu beziehen.“ Also eine Verdrehung der wahren Tatsachen. Auch soll es dem Kastellan nicht bekannt sein, daß die genannte Umschreibung durch ihn oder einen anderen Hausbewohner stattgefunden hätte. Wir haben nicht behauptet, der Kastellan hätte die Umschreibung vorgenommen, sondern durch seine Drohung dazu beigetragen hat, daß der Übertritt zum christlichen Metallarbeiterverband vollzogen wurde. Die Umschreibung als solche hat der christliche Metallarbeiterverband besorgt. Und wenn weiter behauptet wird, daß die Geschäftsstelle des roten Verbandes den in Frage kommenden Arbeiter selbst nicht kennt und auf der Suche nach ihm ist, so wollen wir mitteilen, daß wir den Mann wohl kannten. Wir wollten einmal abwarten, ob die christliche Toleranz so weit ginge, den Wächter der christlichen Nächstenliebe aufmerksam zu machen, seine Pflicht als Christ Underscheidenden gegenüber nicht zu verletzen. Aber meist gefehlt. Alles wird bestritten. Der Kastellan des katholischen Gesellenhauses weiß nichts davon, zum christlichen Metallarbeiterverband ist von uns niemand übergetreten, also unser Bericht muß somit nach Meinung der Christen auf Unwahrheit beruhen. Zur Beruhigung teilen wir die Personaldaten des durch Drohung zum Übertritt gezwungenen mit: Konrad Ehring, geb. am 11. Februar 1920, zum christlichen Metallarbeiterverband laut Mitgliedsbuch übergetreten am 10. Oktober 1920. Wenn der Kollege der Drohung nicht gefolgt wäre, so wäre er gezwungen gewesen, den Ort zu verlassen, weil Logis infolge Wohnungsnot nicht zu bekommen ist, in anderen Orten konnte er durch die große Arbeitslosigkeit keine Arbeit finden, so hätte den Kollegen eine Strafe doppelter Art getroffen, die von den Christen Underscheidenden gegenüber verhängt worden ist. Und demnach: „Giebt eure Feinde.“ Welch ein Kontrast!

Rundschau

Neujahr.

Zwölf schlagen die Glocken in die Nacht hinaus. Das neue Jahr beginnt. Wanges fühlen werden sie in so mancher Brust. Wie wird es werden, das neue Jahr? Wie's Gutes bringen, Schlechtes? Wie wird das Schicksal mit uns spielen? Und während der Mensch sonst so gern stolz ist auf seine Kultur, während er sonst die Erhabenheit des Menschengeistes rühmt, steht er im dumpfen Klang der Silbervergolden vor der bangen Frage: Was wird das Schicksal mit dir machen? Und selbst der Stolze fühlt dann, wie wenig der Mensch doch heute noch ist, wie er ein Spielball des Schicksals ist, fast besten Herr zu sein.

Wird Krieg kommen oder Hungernot oder Arbeitslosigkeit oder Seuchen? Der Mensch hat selber die Macht, solche Fragen mit Sicherheit zu beantworten dadurch, daß er all dieses Menschheitsleid unmöglich macht. Und das kann er. Aber da sitzen so viele, so unendlich viele noch abwärts vom Stampe des Tages. Sie lassen sich schieben, fassen ein wenig selbst zu sein, und wenn dann eine neue Zeitraume ihren Beginn in die Welt dröhnt, dann fragen sie ängstlich dieses knechtende Schicksal, wie es sich wohl zu ihnen verhalten wird.

Du sollst der Herr der Welt sein! Du sollst es sein! Daß der Mensch voll Zweifel und voll Sorge ins neue Jahr geht, das zeigt uns, wie die Lebensordnung um im Ratten fikt, fast daß wir sie fügen nach unserem Plane. Wenn die Ordnung des Lebens den Notwendigkeiten des Menschen entspricht, dann steht er wie ein König über der Zeit, dann läßt er sie spielen nach seinem Willen, dann zwingt er sie in seinen Plan des Glück. Und dann geht er als ein Sieger hinein in das neue Jahr. Schon zu Beginn ist er der Sieger. Und winfelnd ringt sich das Schicksal zu Fänger der neuen Menschengröße.

Dr. Gustav Hoffmann

Gewerkschaftliches.

Der Beirat des Buchbinderverbandes hielt in den Tagen vom 11. bis 13. November eine Konferenz ab, auf der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. In der Frage der Arbeitsgemeinschaften wurde eine vom Verbandsvorstandenden Gautsien vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Verbandsleitung beauftragt wird, im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund dahin zu wirken, daß dieser in allerhöchster Zeit aus der Zentralarbeitsgemeinschaft austritt. Falls dort eine Mehrheit nicht zu erreichen ist, soll der Vorstand des Buchbinderverbandes den Austritt vollziehen. Eine ausführliche Ansprache wurde über die Zerlegungstendenzen in der Gewerkschaftsbewegung gehalten. Das Ergebnis war die Annahme einer Resolution, die sich gegen die von Moskau propagierte kommunistischen Fellen richtet. Die Zeitung des Verbandes wird darin beauftragt, mit allen ihr zur Verfügung stehenden publizistischen Mitteln gegen die zerlegenden Bestrebungen anzukämpfen.

Eine wichtige Entscheidung zur tariflichen Regelung der Lehrlingsentschädigung.

Im nachstehenden bringen wir eine wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums in Sachen der tariflichen Regelung der Lehrlingsentschädigung zum Abdruck. Auch diesem Entschluß sind die Gewerkschaften für die tarifliche Regelung zuständig und die Forderungen nicht streng, in die rein privatwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Lehrlingen und Lehrling auszugehen. Wir erziehen daher unsere Betrachter ebenfalls die Lehrlinge mit einzusetzen. Sollten die Forderungen sich demnach zeigen, solche Lezie mit uns abzuwickeln, so muß durch den Schlichtungsausschuß event. Demerkschaftsausschüsse das weitere veranlaßt werden.

Der Zentralverband der Fäden und Konditionen, der sich schon seit längerer Zeit bewährt, durch Eingaben an den Reichsarbeitsminister über die vorstehende Frage Klarheit zu schaffen, ist unter dem 10. November 1920 folgende Mitteilung aus dem Reichsarbeitsministerium zugegangen:

Das Reichsarbeitsministerium behält nach wie vor den Standpunkt, daß die das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen auch für die Regelung in Tarifverträgen festgelegt werden können, soweit nicht die besonderen Stellen gesetzlich übertragene Befugnisse hindern beruht werden.

Für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk hat die Gewerbeordnung die Forderungen und Handwerkskammern heranzuziehen. Eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Handwerkslehrlinge ist heranzuziehen inwieweit zulässig, als nicht die Forderungen oder Handwerkskammern zuständige sind oder als diese von ihnen Befugnisse keinen Gebrauch gemacht haben.

Die bezeichnende Zuständigkeit der Forderungen und Handwerkskammern bekennt sich meines Dafürhaltens auf die offensichtlich rechtliche Seite des Selbstverhältnisses, d. h. auf die Regelung der jeweiligen Bestimmungen des Lehrlings, die unmittelbar die Ordnung des Selbstverhältnisses, die Anbahnung des Lehrlings, die Abklärung der Forderungen, zur Festsetzung von Lehrlingshöchstgehältern und die Sicherung des Zweckes der Lehrlingsausbildung und die Einverständnis der Forderungen angeht. Die Forderungen und Handwerkskammern sind dagegen nicht befugt, in die rein privatwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Lehrlingen und Lehrling einzugreifen und Befugnisse über die der Lehrlinger zu erteilende Lehrlings, Vergütung oder Lehrlingsentschädigung zu übertragen.

Hiernach können diese Entschädigungen auch für Handwerkslehrlinge tarifvertraglich vereinbart werden. Die tariflichen Bestimmungen treten ab dann, soweit sie für die Lehrlinge günstiger sind, an die Stelle der betreffenden Bestimmungen der Einzelverträge.

Dr. Braun.

Die Arbeitslosenfrage! Wie man schwindigt!

Unter der Stichmarke: „Wozu die U.S.P. keine Zeit hat“ läuft ein Artikel durch einen Teil der bürgerlichen Provinzpresse (anscheinend stammt er aus einer „demokratischen“ Korrespondenz), der sich mit der Behandlung der Arbeitslosenfrage im Reichstag beschäftigt. Die U.S.P.-Fraktion wird beschuldigt, daß sie die Schuld trüge, wenn die weitere Behandlung der Frage verzögert würde, und im besonderen Genosse D i j m a n n, der als Berichterstatter bestimmt worden sei, dieser Pflicht aber bis heute nicht nachgekommen wäre. Nebenbei wird der demokratische Antrag, der „allein ernsthaft diskutiert worden sei“, besonders herabgehoben.

Gegenüber dem durchsichtigen Mandat dieser Pressenotiz sei folgendes festgestellt: Anfang August ds. Jz. wurde die Arbeitslosenfrage im Reichstag aufgestellt. Von der Fraktion der U.S.P. lag ein spezifizierter Antrag vor, den Genosse D i j m a n n eingehend begründete. Die wirksamen Anträge unserer Fraktion abzuwickeln, übernahm Erzeles und Genossen (Demokraten) in einem besonderen Antrage. Die weitere Behandlung der Frage wurde auf unseren Antrag dem volkswirtschaftlichen Ausschuss übertragen. Dieser beschäftigte sich mit der Angelegenheit am 8. und 9. September. Dort begründete Genosse D i j m a n n unsere Anträge erneut. Das Fazit zweitägiger Beratungen war: unsere Anträge wurden niedergestimmt, dagegen die verschonenderen Anträge der Demokraten angenommen. Einem Antrag D i j m a n n folgend, wurde dann eine andere Kommission gebildet, jebe Fraktion stellte einen Vertreter, die fortlaufend mit dem Arbeitsministerium die Arbeitslosenfrage (Unterstützung, Produktion, Erwerbslosenunterstützung usw.) weiter behandeln soll. Bei diesen späteren Verhandlungen wurde u. a. die Erwerbslosenunterstützung für das Winterhalbjahr 1920/21 um etwa 25 Prozent erhöht. Der schriftliche Bericht über die Verhandlungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses wurde vom Genossen H e r z erstattet und liegt dem Ausschuss längst gedruckt vor. Es ist also Schwindel, daß die U.S.P. oder einer ihrer Fraktionsgenossen etwas veräumt und damit die Interessen der Arbeitslosen vernachlässigt hätte. Wenn bisher unsere berechtigten Anträge und Forderungen nur zum Teil entsprechen wurden, so liegt das in erster Linie mit an jenen Herrschaften, die heute versuchen, ihre Schuld auf andere abzuwälzen.

Herzlichen Glückwunsch
zum Jahreswechsel allen Verbandskollegen
und Mitarbeitern
Die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung
zugleich im Namen des Hauptvorstandes

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband gegen Moskau.

Vom 7. bis 9. Dezember 1920 tagte im Berliner Gewerkschaftshaus der Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, um u. a. Stellung zu nehmen zu der drohenden Spaltung der Gewerkschaften durch die kommunistische Zellenbildung. Anlaß zu dieser Stellungnahme gab besonders die zerlegende Tätigkeit einer Anzahl sich kommunisten nehmender Verbandsmitglieder in der eigenen Organisation. In dieser zerlegenden Tätigkeit hat selbst ein Beiratsmitglied, und zwar der Bevollmächtigte der Filiale Berlin, Schumann, so erheblichen Anteil, daß sich der gesamte Beirat gegen Schumann wandte. In sechsständiger gründlicher Beratung wurde das Treiben der Gewerkschafts-zerstörer einmütig und aufs schärfste verurteilt. Die Abrechnung war eine so gründliche, daß Schumacher bei seiner Verteidigungsrede, im Gegensatz zu seinen sonstigen Gepflogenheiten, jämmerlich versagte. Was sollte er aber auch zu seiner Verteidigung anführen? Seine Berichte aus Rußland stehen mit seiner jetzigen Stellungnahme in so auffälligem Widerspruch, daß jeder Versuch einer Verteidigung völlig scheitern muß. Aber interessant war das Geständnis Schumachers, daß die Wandlung seiner Meinung sich nicht erst auf der Rückreise aus Rußland, sondern bereits bei der Abreise, „während“ vollzogen habe. Mit 34 gegen 3 Stimmen wurde nachstehende Entschließung angenommen:

Der Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes ist mit der Tätigkeit und Haltung des internationalen Gewerkschaftsbundes in London und der Beschlüssen des internationalen Gewerkschaftsausschusses in London völlig einverstanden. Zur Durchführung dieser Beschlüsse und Erfüllung der gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften ist ihre Selbstständigkeit und Geschäftstätigkeit unbedingte Voraussetzung. Durch die beschuldigte Tätigkeit einer dritten Gewerkschaftsinternationale nach dem Moskauer Diktat wird die Selbstständigkeit der bestehenden Angehöriger Internationale zerfallen, der Gewerkschaften ihre Selbstständigkeit genommen und die Erfüllung ihrer Aufgaben unmöglich gemacht.

Der Beirat lehnt daher in völliger Übereinstimmung mit den Beiratsräten und Funktionären der Filiale Berlin die in dem provisorischen Statut des internationalen Rates der Gewerkschaften festgelegten Richtlinien und die Beschlüsse der im Mai 1921 stattfindenden Konferenz der dritten Internationale mit aller Entschiedenheit ab.

Zur Erhaltung der Einheit und Zügelhaftigkeit unseres Verbandes sind in den Verhandlungen die parteipolitischen Auseinandersetzungen unbedingt zu vermeiden. Insbesondere werden die organisationszerstörenden Bestrebungen durch kommunistische Zellenbildung nach den bekannten Moskauer Bedingungen auf das schärfste verurteilt und unser Mitglieder aufgefordert, diesem Treiben mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Der diese Bestrebungen der Moskauer Internationale innerhalb unseres Verbandes unterstützen und fördert, stellt sich in offenen Gegensatz zu den Beschlüssen unseres Verbandes, den Bestimmungen des Statuts und den Interessen unserer Mitglieder und somit außerhalb unserer Organisation. Um die drohende Zerlegung und völlige Lahmlegung des Verbandes zu vermeiden, wird die Zentralleitung beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und beharrlich die ungehemmte Aktivität zu sichern.

Auch die Tätigkeit Schumachers, die er vor den Berliner Juristischen Ausschuß hat, wurde ebenfalls einmütig gebrandmarkt und mit 25 gegen 2 Stimmen nachstehende Resolution angenommen:

Der Beirat mißbilligt auf das entschiedenste das Verhalten des Kollegen Schumacher, der in einer Versammlung Berliner Gewerkschaften als Beiratsmitglied — den wichtigsteinstufigsten Segnern der modernen Arbeiterbewegung — einen Vortrag gehalten hat. Diese Handlung ist mit der Würde eines Vertreters der gewerkschaftlichen Massenorganisation und des ihr übertragenen Vertrauens durch die Organisation unvereinbar.

Eingegangene Schriften

Betriebsrat: einjährig für Funktionäre der Metallindustrie. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Chemnitz. Erscheint alle 14 Tage. Benutzt für die Redaktion: Robert Schumann, Nr. 1, 2 Jahrgang. Inhaltsverzeichnis: 1. Nachbahrung des Jahresberichts (Leopold Schmitt, Frankfurt a. M.). 2. Aus der Metallindustrie (Eduard Wägen, Frankfurt a. M.). 3. Die werden wir wieder sein? (Karl Koppelman). 4. Einleitung und Einführung (Hilf. Seidel, Berlin).

Beilin). 5. Organisationsfragen (Sob. Boigtländer, Bergfelde a. b. Nordbahn). 6. Die lothringische Eisenindustrie (Viel). 7. Gewerkehygiene und Arbeiterschutz durch die Betriebsräte (Geb. Lauterbach, Stuttgart). 8. Was kann der Betriebsrat mit seiner Vertretung vor dem Schlichtungsausschuß betreiben? 9. Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz nach vier Monaten praktischer Arbeit. 10. Arbeitsordnung mit den Elektroinstallationsfirmen. 11. Materialeinlieferung durch die Betriebsräte. — Die Betriebsräte-Zeitschrift unseres Verbandes ist als eine der besten Publikationen für Betriebsräte anerkannt. Wir können sie deshalb warm zum Abonnement empfehlen. Bezugspreis durch die Post vierteljährlich 7,35 M. Freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter können die B. Z. durch die jeweilige Ortsverwaltung des D. M. V. zum Preis von 30 J. pro Exemplar beziehen.

Friedrich Engels-Brevier. Erinnerungsbilder, herausgegeben zu seinem 100. Geburtstage von Ernst Braun. Preis 10 M. Arbeiterbuchhandlung, Wien, 8. Bezirk, Uferstr. 69.

Ein Tafelbrevier ist jetzt als zweiter Band der Sammlung Breviere des Sozialismus im Verlag der Buchhandlung Vorwärts (Preis 9,50 M) erschienen, wieder wie der erste Band, das „Mary-Brevier“, in Auswahl und Gruppierung von Franz Dieblich bearbeitet und von ihm eingeleitet.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Von Steiger Werner. Preis 3 M. Industriebeamtenverlag, Berlin.

Sozialisierung — ihre Notwendigkeit — ihre Möglichkeit. Von Emil Barth. Preis 3 M. Selbstverlag E. Barth, Neukölln, Treptowerstr. 13.

Das Sozialisationsproblem in Deutschland. Von Spektator. Verlag W. Seehof & Co., Berlin E. 54.

Zusammenbruch und Aufbau. Volkswirtschaftliche Zeitfragen von Bruno Schmidt. Ladenpreis 4 M. Verlag: Der Arbeiterat, Berlin.

Die sozialistische Gemeinde. Kommunale politische Zeitschrift der U.S.P.D. Erscheint monatlich. — Die Freie Welt. Illustrierte Wochenschrift der U.S.P.D. Beide Verlagen: Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin.

Planmäßige Einführung in die Metallbearbeitung. Gemeinverständliches Unterrichts-, Nachschlage- und Handbuch für alle Stände, vom gewerblichen Lehrer, Prüfungsbeamten und Meister bis zum Lehrling in den Metallberufen. Dritte, vollständig neubearbeitete Auflage. Auf Grund 56jähriger praktischer Erfahrungen im Betrieb und Unterricht verfaßt von Gg. Th. Stier d. A. (Bibl. d. ges. Technik Bd. 231.) Mit 369 Abbildungen. Preis 14,50 M. — Schweizer und Böden. Von Dipl.-Ing. Paul Seifert. Zweite, neubearbeitete Auflage 1920. Mit 154 Abbildungen. (Bibl. d. ges. Technik Bd. 263.) Preis 16,50 M. — Vorstehende drei Werke erscheinen im Verlag Dr. Max Saneke, Leipzig, Hospitalstr. 10.

Stramerfahrten eines Wandervogels. Von Albert Reyer. Geb. 13,75 M. Greifenverlag, Gartenstein i. Ca.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachungen

Nachen. Former und Gießerarbeiter. Umschauen nach Arbeit ist nur mit Genehmigung der Geschäftsleitung zulässig. Gekauft. Unser Büro befindet sich jetzt Zalkstraße 12b.

Tuttlingen. Nachdem die Klage gegen die Württembergische Augustiner Arbeiter erledigt ist, wollen die ehemals in Mengen arbeitenden Kollegen Hugo Wilmann, Schloffer und Paul Bredt, Schmidt, umgehend ihre Adresse der Verwaltungstelle Tuttlingen übermitteln.

Ungekündete gesucht.

Doitzsch (Kreis Liebenwerda). Weiterer Geschäftsführer gesucht für Kaffeeepollen, Agitation und Betriebsratenaufbau. Bewerber müssen organisatorische, agitatorische und rednerische Fähigkeiten haben und mit den Verwaltungsarbeiten genau vertraut sein. Gehaltsaufschläge sind mit einzurechnen. Bedingung: mindestens 5-jährige Verbandszugehörigkeit. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Beruf, Familienstand und bisherige Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung in verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift „Vererbung“ bis spätestens 15. Jan. an Frd. Noack, Geschäftsführer, Doitzsch, Völkchhaus.

Großenhain i. Sa. Geschäftsführer für Agitation und Verwaltung zum sofortigen Eintritt gesucht. Derselbe muß mit allen Verwaltungsdarbeiten, den Kassenbüchern, den Agitation vollständig vertraut sein. Bedingung: jahrelanger ununterbrochener Mitgliedschaft. Bewerbungen mit Angabe des Alters, Berufes, der Familienverhältnisse und der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 8. Januar mit der Aufschrift „Vererbung“ an W. Liebe, Dresden-N., Polierstr. 2, 1.

Sonstige Anzeigen

Zufchriften betr. die Arbeiterzeitschriften sind niemals an die Redaktion, sondern an die infierierende Firma selbst, bei Geschäftseraten stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.

Für sofort suchen wir Balancierer für Zentrifugentrommeln einen unbedingt perfekten Balancierer mit Zellen- und mit Zellen-Einlag.

Wir suchen für unsere Aluminiumfabrik Drucker und Planierer, tüchtige Kräfte, die sich als Arbeiter eignen, kommen in Betracht.

S. Ridel & Comp., Raffel.

Anschläger.

Tüchtiger Feilenhauer, der vor allen Dingen mit dem Harten und Stählen auf das Beste vertraut ist, für Maschinenbauerei gef. für die Stellung ist später Meisterposten vorgesehen. Eintritt baldmöglichst. Zusätzl. Bewerbungen m. Lohnansprüchen und Angabe bisheriger Tätigkeit. Tüchtiger Schleifer für alle Feilen, vor allem Schmelzfeilen gesucht.

Angebote an Deutschen Maschinenfabrik, Abteilung Feilenhauerer, Dentsch-Nordenburg.

Feilenhauerer und 1 Feilenhauerer stellen unter günstigen Bedingungen sofort ein.

Arten-Feilenfabrik Sangerhausen.

Tüchtigen Feilenhauerer, sowie Handhauer, der harten kann, oder Afford sofort gesucht. Feilenzeugung, Mechanische Feilenhauerer, Bauer & Comp., Eisenach, Langensachsenstr. 17.

Feilenhauerer, 1 tüchtiger, lediger, für Affordarbeit nach Tarif sofort gesucht. Gustav Waage, Feilenfabrik u. Dampfeschleiferei, Hoflau i. U.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt bei hohem Affordlohn einen perfekten Feilenschleifer.

Kürnberger Feilenfabrik, Serberg & Co., Kürnberg 18.

Zu sofortigen Eintritt tüchtiger jüngerer Selbstgelehrter gesucht. Derselbe muß mit allen Arbeiten (Treiber u. Formere) vertraut sein und selbständig arbeiten. Entlohnung nach bestehendem Tarif. Bewerbungen mit Zeugnis-Nachrichten an Wilhelm Weibmann, Selbstgelehrter, Gemarkung, Karltstr. 5.

Schloffer, zwei gut eingearbeitete, die nachweislich längere Zeit im Milch-Separatorenbau beschäftigt waren, sofort gesucht.

„Sema“, Seidemau, Seitz Dresden.

Wir suchen einen perfekten selbständigen

Schweisser,

durchaus erfahren mit allen Arbeiten des autogenen und elektrischen Schweißens.

Richard Kampach, Maschinenfabrik Görlitz, G. u. b. S., Görlitz.

Schmittebauer,

4-5. die durchaus perfekt auf sich u. Stromwerkzeuge sind, gesucht. Es sollen sich nur erste Kräfte melden. Metallverf. Hermann Engelhardt, Arnstadt i. Th.

Welche Verwaltungsjahre oder welches Mitglied unseres Verbandes ist imhabe, die jetzige Adresse des Mitgliedlichen Hugo Bätner, geb. am 5. April 1899 zu Magdeburg, mitzuteilen. Zusagen werden erlegt. Bewerbungen an Wilhelm Bätner, Frohgem d. Draufschuß

Verlag von Alexander Schilde & Co., Stuttgart.
Sohn von Alexander Schilde & Co., Zwiggelstraße Berlin.